

# Sozialdemokrat

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . . . Kč 16.— vierteljährlich . . . . . 48.— halbjährig . . . . . 96.— jährlich . . . . . 192.—

Postfachamt: 57544.

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (16)

6. Jahrgang.

Mittwoch, 2. Juni 1926.

Nr. 128.

## Das Stammeln der Ertrappten.

Die politische Geschichte dieses Staates hat ein so klägliches Bild noch nicht gesehen, wie es die christlichsoziale Politik der letzten Tage bietet. Noch nie hat eine politische Partei ihre eigene Politik so als verkehrt empfunden, wie die christlichsoziale Partei ihr Vorgehen in der Zollfrage als Verrat an ihren Wählern und Anhängern mit aller wünschenswerten Schärfe empfindet. Wer die Folge der „Deutschen Presse“ vom Dienstag zur Hand nimmt, der müßte bei einiger Objektivität, wie immer er zu den Merkmalen stehen mag, den Eindruck haben, einem politischen Bankrott beizuwohnen. In nicht weniger als sieben Artikeln jetzt sich das Merkmal Blatt mit uns über die parlamentarischen Vorgänge auseinandersetzen und eine dieser Polemiken ist schwächer als die andere. Der Verteidiger setzt zu einer schwingvollen Rede an, aber beim ersten Satz gehen ihm Sätzung und Atem aus, das Schuldbewußtsein lastet auf ihm und es wird nur eine klägliche Ausrufede. Das System der christlichsozialen Demagogie, das sonst so glänzend zu funktionieren pflegt, das einst unter Lueger und Gehmann um kein Argument verlegen war, sondern schlechterdings alles rechtfertigte, was die Merkmalen zu tun beliebten, das selbst heute in Desterreich mit Funder und Seipel noch späte Früchte reift, das verjagt hier und diesmal vollständig. Es ist ein Bankrott auch der Verteidigungsmethoden der Merkmalen. Sie, die mit allen Bassern gewaschen, mit allen Salben gerieben und in allen Sätteln gerecht waren, bringen es nur zu einem jämmerlichen Stammeln, dem selbst der Mut der Freiheit abgeht. Angstschlotternd stehen sie vor den Massen, und wie ein Ersticken nach Luft, so schnappen sie nach dem erlösenden Stichwort, das ihnen bis heute kein heiliger Geist und kein Engel Gottes zugerufen hat.

Wie muß es mit dem Selbstbewußtsein einer Partei bestellt sein, die eine solche Zollsonderrnummer erscheinen läßt wie die „Deutsche Presse“ von gestern eine war. Das geht schon famos an: „Abwarten“ nennt sich der Leitartikel, und das Aufzeichen fehlt mit Recht, denn es ist kein Artikel, der leiten und führen soll, sondern ein rechter Leidartikel. „Manche Parteien haben es — sehr leicht, so leicht, daß wir sie fast beneiden möchten.“ Aufs Wort glauben wir euch das, ihr Herren, die ihr die Nachfolge Christi so versteht, daß ihr mit ganz anderen Plänen als er unter die verachteten und vom Volke gehähten Zöllner gegangen seid! Man hat es nicht leicht, wenn man das Gegenteil dessen tut, was die Wähler wollen. Das christlichsoziale Programm habe seine „unverrückbaren prinzipiellen Grundsätze“ und die gelte es zu wahren, auch wenn die Wähler — so ungefähr steht es zwischen den Zeilen — anderer Meinung seien. Woher die Christlichsozialen ihre Grundsätze nehmen, darüber wird man im weiteren Verlaufe des verlegenen Herumredens ausführlich belehrt. Der Vaie glaubt natürlich, aus den Lehren des Christentums. Weit gefehlt! Vielmehr:

„Dem christlichen Standpunkt aus können auch wir uns nicht für Zölle begeistern. Würde auf der Welt — das christliche Programm der Gerechtigkeit und Billigkeit herrschen — — — — — wäre christlicher Geist — — — — — So wird es einmal sein, bis christlicher Geist die Mehrzahl der Menschen erfüllen wird.“

O du meine Güte! So wird es einmal sein! Es wird ein Wein sein und wir werd'n nimmer sein, 's wird keine Zölle geb'n und wir werd'n nimmer leben! Dieser christliche Zukunftsstaat (wie sehr hat man doch den sozialistischen Zukunftsstaat verhöhnt!) wird seinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Hat man schon so etwas von Argumentation gemerkt? Würde — wenn — wäre —, ja wenn meine Tante Nader hätte, wär' sie ein Omnibus; wenn alle Menschen Christen wären — und doch selbst hier muß den Leser der „Deutschen Presse“ der Zweifel packen: Woher

soll denn der christliche Staat kommen, wenn die christlichen Politiker ihn mit so unchristlichen Mitteln vorbereiten. Aus der Sachfrage findet der christliche Zöllner nicht mehr heraus. Er kommt zu dem Schlusse, daß die Zölle „eine bittere Pflicht“ bedeuten. Sie kann nicht so bitter sein wie die, für sie einen Leitartikel zu schreiben. Das ist wahrlich eine härtere Fronde und der Mann, der das Kreuz auf sich nahm, muß doch, ehe der Sahn zweimal gekräht hat, seinen Herrn und Brotgeber dreimal verraten. Er sagt ihm nach, daß er eigentlich ein schlechter Christ ist, wenn er für die Zölle stimmt, daß es eine harte Pflicht sei, für die Zölle einzutreten, und er scheidet schließlich seinen Weg von dem des Herrn. Nicht als Parteiorgan ergreife die „Deutsche Presse“ das Wort in dem Streit, heißt es einmal; und dann wieder mutmaßt der Schreiber wie ein unschuldig Kindlein, das noch nicht von Kasuistik gehört hat: „Aus dieser Erkenntnis heraus mag wohl auch der Entschluß der christlichsozialen Parlamentarier fließen, für die Zölle zu stimmen.“ Sich das vorzustellen, wie da ein Skribent sich abmüht, seines Meisters Willen und Absicht zu ergründen, während der im Nebenzimmer sitzt und das Beiachtgeheimnis hütet, das über Zölle und Kongrua gebreitet ist! Fürwahr, des Herrn Wege sind wunderbar.

Auch die Knüppelaktik der Deutschbürgerlichen kann der Mann mit seiner schwachen Feder nicht ohne weiteres verteidigen. Da heißt es nur, den frommen Aberglauben wahren:

„Wenn schließlich die Parlamentarier sich für den eingeschlagenen Weg entschlossen haben, so ist dies ein Beweis, daß zwingende Gründe dafür vorhanden gewesen sein müssen, so erfordert dies aber auch von seiten der Bevölkerung, jetzt das Vertrauen zu beweisen, das sie durch die Wahl verprochen hat.“

Selig sind, die nicht sehen und doch glauben! Es wäre alles so schön und einfach, wenn wir ein bißel Mussolini spielen und die Merkmalen die Wähler zur Verantwortung ziehen könnten, ob sie ihnen das Vertrauen bewahrt haben. Die Wähler sind leider so unverschämte und glauben oft nur, wenn sie sehen. Sie wollen nicht einsehen, daß man Politik nach dem Grundtag machen kann: Herr Meier, leihen Sie mir 1000 Kronen, ich hab so viel Vertrauen zu Ihnen! Sie wollen, daß die Schuldner Vertrauen einflößen und das war diesen seit je unangenehm.

Jammernd und warnend schließt die Jeremiade: „Wer jetzt nervös wird — — — — — Um Gottes Willen nicht; Nachbarin euer Fläschchen! „Abwarten“ und Tee trinken! Aber es nützt nichts, er wird selbst nervös, und es muß alles heraus, was er auf dem Herzen hat. So nennt er denn am bitteren Ende den christlichen Zöllner einen „schweren Kreuzsünder“.

Was in den übrigen Kapiteln der Streitschrift für die Zölle gesagt wird, ist womöglich noch hahnebüchener, als die große Litanei. Da wird über die Teuerung geredet. Daß sie „möglich ist“, gibt man in den gut informierten Pfarrhauskreisen zu. „Doch wenn eine Teuerung kommt, wer trägt dann die Schuld?“ Nun, rate lieber Leser, wer! Der gelehrte Christlichsoziale aus Luegers Schule sagt prompt: Der Jude! Aber auch dazu reicht nicht mehr die Freiheit. Schuld sind „die, welche heute, da es noch keine Teuerung gibt — — — — — die Befürchtung aussprechen, daß es — — — — — nicht ausgeschlossen wäre, daß es zu einer Teuerung kommen könnte“. Diese „Schauernachrichten“ sind schuld, es sei ein „verbrecherisches Spiel“, so herumzuschreiben und wir meinen selbst: die Teuerung mit soviel Bedingungsätze anzukündigen, das ist tatsächlich ein verbrecherisches Spiel. Es gibt also ein sicheres Mittel, die Teuerung aufzuhalten: „Man soll den Teufel nicht an die Wand malen.“ Das ist wie mit dem Weltkrieg; den haben auch die Sozialisten so lange an die Wand gemalt, bis die Merkmalen ihn wohl oder übel beginnen mußten.

Zu allem Uebel äußert sich dann ein christ-

licher Gewerkschafter gegen die Zölle, und dann kommt nochmals die bange Frage „Muß es der Zölle wegen teurer werden?“ Nie sollst du die „Deutsche Presse“ befragen, denn die antwortet dir, was keine Pfarrerstochin mehr glaubt, ganz kurz und kernig: „Es muß nicht.“ Und beruhigt kann sich der Frager nun auf ein Faubett legen. So steht der christlichsoziale Rechtfertigungsversuch aus! Eine Verleumdung fehlt nicht: die Sozialdemokraten stimmen für die Steuererhöhung, um die Beamtenvorlage zu retten. Damit sind die Merkmalen am Ende der Weisheit und doch dort, wo sie eine unbestrittene Meisterschaft erworben haben. Im Verleumdungen haben sie

immer etwas geleistet. Und bei diejem Leisten sollten sie bleiben. Es tut nicht gut, mit ungewohnten Waffen fechten. Muß polemisiert sein? Wir glauben vom christlichen Standpunkt aus „Es muß nicht“. Denn erstens haben es die Christlichsozialen ohnehin nicht „so leicht“, zweitens warten sie auf den christlichen Zukunftsstaat, der über jede Diskussion erhaben ist, drittens haben sie eine „bittere Pflicht“ zu erfüllen und schließlich gehen die Christlichsozialen Parlamentarier die „Deutsche Presse“ doch nichts an? Wozu fortwährend von den Wählern reden. Man denkt dabei unwillkürlich an Wahlen und die soll man nicht an die Wand malen!

## Fascistendebatte im Senat.

Zweierlei Maß gegenüber Links- und Rechtsradikalen.

Prag, 1. Juni.

Die heutige Senatsitzung gestaltete sich wider Erwarten bewegt, da es zu einer heftigen Auseinandersetzung über den Faschismus kam. Hervorgehoben wurde diese durch eine Rede unseres Gen. Niehner zu einer der Immunitätsangelegenheiten, die sich auf der Tagesordnung der Sitzung befanden und die nachher zu einer Spezial- der tschechoslowakischen Parlamentes wurden. Es handelte sich um die Auslieferung des kommunistischen Senators Tomas Koutny, der anlässlich des seinerzeitigen Bergarbeiterstreiks in Ostrau daselbst eine Versammlung abgehalten hat. Während der Rede des genannten Senators unternahm die Gendarmerie einen Angriff auf die Menge, worauf Koutny seine Rede unterbrach und die Gendarmen verwarnte. Diese wiesen ihn zurecht und ein Gendarm stieß eine schwangere Frau zu Boden, obzwar sie rief, sie trage ein Kind unter dem Herzen. Senator Koutny war von diesem Verhalten erregt und gab seiner Empörung Ausdruck. Als er sich legitimierte, äußerte sich der Gendarm über die Senatslegitimation in einer nicht widerzugebenden Weise.

Der Referent über diese Angelegenheit war ausgerechnet der Nationaldemokrat Prof. Dr. Baxa, der erst vor kurzer Zeit in einer Rede im Senate seinen Sympathien für den Faschismus Ausdruck verliehen hatte. Gerade der Anhänger jener Partei spielte sich also als Hüter der Gerechtigkeit auf, der für eine Bewegung eintritt, welche die Gesetzesverletzung und den gewaltsamen Umsturz im Programm hat! Diese Heuchelei geißelte Senator Gen. Niehner, der unter großem Interesse des Hauses darlegte, wie verschieden man in diesem Staate den Radikalismus von links und den von rechts behandle. Von stürmischen und erregten Rufen wurde der Redner unserer Partei unterbrochen, als er das brutale Vorgehen der Gendarmerie gegen eine schwangere Frau brandmarkte. Das politische Interesse des Hauses stieg noch, als der sozialdemokratische Redner über die Gesetzesverletzungen der Faschisten sprach, welche von den Vertretern der Behörden unbachtet gelassen werden, während sich für die erwählten Vertreter der Opposition jederzeit ein Paragraph findet, dessentwegen sie von Gericht angeklagt und vom Senat ausgeliefert werden.

Die Rede des Gen. Niehner veranlaßte den bekannten Redner in den Prager Fascistenversammlungen, Senator Dyl, seine Gesinnungsgenossen in Schutz zu nehmen, wobei er sich aber nicht als mutiger Held erwies. Er behauptete, nämlich, er sei kein Faschist, wobei er freilich wenige Augenblicke die faschistische Bewegung rechtfertigte, indem er sie als einen „Ausgangspunkt“ aus ähnerster Not“ bezeichnete. Während der Rede des Fascistenverteidigers prasselten die Zwischenrufe auf ihn nur so nieder, lebhafteste Deutlichkeit rief es hervor, als ein Senator den Prager Fascistenführer als „d'Annunzio“ (Dyl ist nicht nur faschistischer Politiker, sondern auch lyrischer Dichter) bezeichnete. Gen. Niehner ergriff nochmals das Wort, um Dyl nachzuweisen, daß er auf den Kern der Sache gar nicht eingegangen sei, was aber der faschistische Senator auch in seiner zweiten Rede, in der er seinen Parteichef Aramat verteidigte, nicht tat.

Interessant war auch die Abstimmung, die nur eine Mehrheit von vier Stimmen für den Antrag des Referenten ergab. Unter denen, die für die Auslieferung Koutnys stimmten, waren leider auch die meisten Senatoren der tschechischen Sozialdemokratie, von denen sich nur wenige entfernt hatten. Die tschechischen sozialdemokratischen Senatoren

hielten sich für verpflichtet, für den Antrag des Referenten zu stimmen, weil ihr Vertreter im Immunitätsausschuß in demselben Sinne seine Stimme abgegeben hatte. Daß die tschechischen Sozialdemokraten damit Demokratie und Parlamentarismus in den Augen der Bevölkerung herabschoben, dafür fehlt ihnen leider das Empfinden. Im übrigen wäre aber der Antrag auf Auslieferung Koutnys trotzdem abgelehnt worden, wenn nicht die deutschnationalen Senatoren und die meisten deutschen Christlichsozialen durch ihre Abwesenheit geglaubt hätten. Besonders die letzteren haften auf ihr schuldbeladenes Haupt — man denke nur an ihr Verhalten in der Zollfrage — immer neue Sünden. Aber an ihnen wird sich schon der Biblespruch, daß sich alle Schuld auf Erden räche, bewahrheiten.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Die Sitzung des Senates wurde um halb 5 Uhr eröffnet.

Als erster Punkt befindet sich auf der Tagesordnung der Regierungsentwurf über die Lösung der Verteilung aus dem Strafregister. Diese Lösung erfolgt über Antrag des Verurteilten, seiner Verwandten oder eines Bevollmächtigten nach Ablauf gewisser Fristen, die sich nach dem betreffenden Delikt richten. Bei Personen bis zu 20 Jahren werden diese Fristen verkürzt. Nach Befürwortung der Vorlage durch den Berichterstatter wird diese in erster Lesung angenommen.

Sodann wird der Bericht des Immunitätsausschusses über die Auslieferung des Senators Tomas Koutny wegen Vergehens nach §§ 279 und 283 St. G. und Uebertretung nach § 312 St. G. in Beratung gezogen. Der Berichterstatter Senator Dr. Baxa beantragt die Auslieferung, welchem Antrage Senator Gen. Niehner entgegentritt.

## Genosse Niehner:

führt aus: Die Immunitätspraxis, welche im Parlament und ganz besonders im Senat eingerissen ist, scheint mir geeignet, uns in der ganzen Welt bekannt und berühmt zu machen, zumindest im traurigen Sinne berühmt. Es sind in den letzten Jahren an Senatoren und Abgeordneten den Gerichten mehr ausgeliefert, als in sämtlichen demokratisch regierten Staaten Europas überhaupt jemals ausgeliefert wurden. (Aufse: Unerhör!) In jedem demokratisch regierten Staate ist das Immunitätsrecht, das aus dem Kampfe zwischen der Demokratie und der alten Feudalherrschaft hervorgegangen ist, eine unantastbare Errungenschaft, die hochgehalten wird. Schon von diesem Standpunkte aus ist das Vorgehen der geradezu systematisch geübten Auslieferung von Abgeordneten und Senatoren in nahezu jedem Falle, wo nur irgend eine Handhabe sich zur strafrechtlichen Verfolgung bietet, zu verwerfen. Die Praxis im Senat unterscheidet sich auch noch überdies nachteilig von jener des Abgeordnetenhauses. Hier ist man noch rigoros, noch strenger, noch unerbittlicher. Im Abgeordnetenhause wird wenigstens in gewissen Fällen, wo es sich um politische Dinge handelt, die Auslieferung abgelehnt, aber hier fragt man nur das eine: paßt irgendein Paragraph des Strafgesetzes oder des Schutzgesetzes auf die betreffende dem Senator zur Last gelegte Handlung oder nicht. Wenn ja, so wird er unerbittlich ausgeliefert. (Sen. Sampl: Das kommt darauf an, welcher Partei er angehört.) Die Herren Mitglieder der früheren Regierungsparteien waren ja früher — von den jetzigen Zeiten werde ich

nach reden — in der angenehmen Lage, keine Gesetzesübertretung begehen zu müssen.

Der Grund, weshalb in Halle Konting der Auslieferung stattgegeben soll, sind Meinungen, die eine Einmischung in eine Amtshandlung bedeuten sollen. Es wird dem H. Konting nachgesagt, daß er durch diese Meinungen gegen die Gendarmen, welche bei einer Demonstration anlässlich des Ostrauer Streikes intervenierten, aufgereizt habe.

Aber man fragt sich, warum steht das in dem Bericht, zu welchem Zwecke wird es uns erzählt? Den Grund erfährt man nicht aus dem Bericht, sondern erst dann, wenn man hört, worum es sich gehandelt hat. Es hat sich darum gehandelt, daß eine schwangere Frau von einem Gendarmen tätlich mißhandelt, mit Füßen getreten und gestoßen wurde, so daß sie sich nicht vom Platze wegrücken konnte und von mehreren Personen weggeschafft werden mußte.

Ich habe aus dem Munde des Berichterstatters gehört, daß wohl das Recht eines Abgeordneten und eines Senators dahin geht, bei solchen Rundgebungen zu intervenieren, aber diese Intervention müsse sich in den Grenzen des Gesetzes bewegen. Warum findet er nicht ein Wort der Verurteilung für die Gendarmen? Einmischung in eine Amtshandlung, ist das so schrecklich? Versetzen Sie sich jeder einzelne in die Lage, daß eine Frau von einem Gendarmen vor Ihren Augen mißhandelt wird und ich frage, ob jemand von Ihnen kaltblütig genug sein wird, nicht loszufahren, nicht zu protestieren und sich nicht dagegen aufzulehnen? Das soll bestraft werden, wenn ein Senator in Erfüllung seiner Pflicht den Gendarmen aufmerksam macht, daß er menschlich verfahren soll, auch wenn es sich nur um eine Arbeiterfrau handelt!

Ich habe auch mit Erstaunen gerade aus dem Munde des Berichterstatters das Wort gehört, daß die Gesetze der Republik, welche jeder Abgeordnete und Senator bei seinem Eintritt in die Nationalversammlung ausdrücklich gelobt hat, unter allen Umständen respektiert werden müssen. Ist es nicht erstaunlich, wenn man solche Worte aus dem Munde eines Mitgliedes dieses Hauses hört, das selbst hier warme begeisterte Worte für eine Bewegung gefunden hat, die alles eher brockachtet, als die Gesetze dieses Staates und die am wenigsten geneigt ist, die Verfassungs- und sonstigen Gesetze des Staates zu respektieren?

Zeit Jahren wird hier in dem Staate systematisch ein Verfolgungssystem gegen den Radikalismus von Links befolgt. Aber gegen den Radikalismus von Rechts haben wir noch nicht die Staatsmacht, das Parlament, die Polizei, die Gendarmerie oder überhaupt die Behörden einschreiten lassen! Wie können Sie es wagen, wie können Sie den Mut finden, vor uns hinzutreten und die Auslieferung eines Senators zu verlangen, der in Ausübung seiner Volksvertreterpflicht gehandelt hat, während Sie selbst nicht darauf achten, daß die Gesetze des Staates eingehalten werden, vor allem nicht gegen die faschistische Bewegung! Es gäbe viel darüber zu erzählen, aber Einiges muß doch gesagt werden, wie man hier von der anderen Seite die Gesetze des Staates respektiert. Ich bin nicht der Anwalt des Präsidenten, aber ich muß doch auf den Widerspruch hinweisen, der darin liegt, daß es Parteien gibt, die sich als staatsrechtlich ausgeben, deren Treiben aber nichts anderes ist, als eine ständige Unterwühlung der Grundlagen der Republik, eine systematische Heße gegen die Person des Präsidenten. Ich könnte Ihnen aus den Flugblättern und Zeitungen der Faschisten hunderte Ansprüche aufzählen. Ich will mich mit zwei begnügen. Da heißt es in einem solchen Faschistenblatt und ich bitte, merken Sie wohl auf, Sie werden die Spitzen wahrnehmen, die nach einer bestimmten Richtung hin gerichtet sind:

Die Deutschen bleiben, was sie waren, eine wilde Horde, welche die Ruhe in Europa stört, Gewalttäter, die am liebsten

alle übrigen Nationen vernichten möchten und manche unserer Philosophen möchten ein solches Gesindel mit Rügen bekehren, mit Philosophie und Humanitätsbroseln. Unser Volk soll sich keines Stoizes entäußern, seiner Kampffähigkeit und soll jenem die Hand reichen, dem nie ein Verleumdung und in Ehrenwort heißt: „war“

Das wird geschrieben trotz des Schutzgesetzes und stellen Sie sich vor, daß etwas Ähnliches in einer deutschen, sozialdemokratischen oder kommunistischen Zeitung stehen würde, ob dies das der Staatsanwalt dulden würde! Es heißt weiter:

„Den Deutschen imponiert die starke Hand, die wird ihnen auch gezeigt werden und sie muß auch gezeigt werden. Jene, welche ständig greifen, — hier ist wieder schon die bestimmte Person im Vordergrund — (stale brech) und vor diesen Wänterchen zittern, wobei sie sagen, man müsse mit ihnen gut umgehen, weil sie stark sind und es daher das Beste wäre, sie in die Regierung zu berufen, das sind alle Weiber und wenn sie in solcher Weise für den Staat arbeiten wollen, dann sollen sie schauen, daß sie weiterkommen, ehe es zu spät ist. Wenn sie den Deutschen vertrauen, dann sollen sie die tschechische Geschichte lesen und dann erst Politik machen.“

Wie geht es sonst zu? Ich habe die Kenntnis von den Vorgängen, über die ich hier berichte, aus Zeitungen einer Partei, welche früher zu den Koalitionsparteien gehört hat. Dort wird behauptet, daß in einer faschistischen Versammlung in Prag auf der Soseininsel der Regierungsbereiter dem faschistischen Redner zum Schluß zu seinen Ausführungen gratuliert hat, obwohl dessen Rede gipfelt war mit Angriffen auf den Präsidenten und die Republik. Wir haben von der Einleitung der Strafuntersuchung gegen den betreffenden Regierungsbereiter nichts gehört und nichts gelesen. Sen. Dr. Heller: Was ist es mit dem Herrn, der gesagt hat: „Wenn es nicht mit dem Parlament geht, so wird es ohne Parlament gehen. Wo ist der Herr?“ In Pardubitz wurde gleichfalls eine faschistische Versammlung abgehalten und an dieser Versammlung hat eine ganze Anzahl von Offizieren zum Teil in Zivil, zum Teil in Uniform teilgenommen. Ein Stabskapitän ist in voller Uniform im Automobil bei dieser Versammlung vorgefahren und hat sich nicht damit begnügt, als Zuhörer an der Versammlung teilzunehmen, er hat sich noch in die Amtshandlung gemischt, hat den Regierungsbereiter zurechtgewiesen. Bei derselben Versammlung hat ein faschistischer Rotmeister ganz offen für die unabhängigen Legionärgruppe geworben, hat Mitgliederarten verteilt. Aber nichts ist geschehen, nicht einmal die Person des betreffenden Stabskapitäns wurde sichergestellt, keinerlei Untersuchung wurde eingeleitet. Ebenso war es in Lohkovic bei der Palastfeier, wo Dr. Perel aus Mähren eine Rede gehalten hat, die derart heftig war gegen die Person des Präsidenten und auch gegen die Republik, daß die Ehrenkompanie des Militärs, die aufmarschiert war, zum Protest abmarschierte, welchem Abzug sich auch andere Versammlungsgruppen angeschlossen haben.

In allen diesen Fällen haben wir nichts davon gehört, daß man mit gleichem Maße zu messen entschlossen ist. Das geht denn doch nicht, daß Sie, meine Herren, die einen einsperren lassen, wenn sie der Meinung sind, daß eine Ungefährlichkeit begangen wurde, daß aber gegenüber dem Prediger der Gewalt von Rechts nichts getan wird, obwohl sich diese weit ärgere Übergriffe erlauben, die Verfassung des Staates mit Füßen treten und offen auf den Umsturz und auf die Beseitigung der Verfassung hinarbeiten. Das ist eine schreckliche Ungerechtigkeit. Wir sind aus sachlichen Gründen gegen die Auslieferung, wir sind dagegen, weil wir die Immunität der Volksvertreter hochgehalten wissen wollen, weil es unerhört ist, wenn jemand wie Senator Roumy in eine Situation gerät, wo er eintreten muß für eine Frau, die von Gendarmen mißhandelt wird, er noch dazu angeklagt werden soll. Wir sind aber auch aus politischen Gründen dagegen, weil man nicht mit gleichem Maße nicht, weil man nur die einen einsperren möchte, während die anderen frei herumlaufen dürfen und treiben dürfen, was sie wollen. Deshalb werden wir gegen die Auslieferung sein und erwarten und erhoffen von allen, denen die Demokratie am Herzen liegt, die eine Ungerechtigkeit vermeiden wollen, daß sie mit uns gegen die Auslieferung stimmen werden. (Lebhafte Beifall.)

Während der Rede des Gen. Niehner hatte sich der Faschistenhäuptling Sen. Dyl zu Worte gemeldet, der beim Betreten der Rednertribüne von dem deutschen und kommunistischen Senatoren mit einem Hagel von Zwischenrufen überschüttet wird. Er erklärt, daß er kein Faschist (!) sei und verwahrt sich gegen die Angriffe, denen die nationaldemokratische Partei ausgesetzt sei. Er empfiehlt der Opposition, die Austragung der Konflikte zwischen den tschechischen Parteien diesen selbst zu überlassen. Der Faschismus sei in der Tschechoslowakei bloß eine ideelle (!) Bewegung, eine Methode, welche der Redner nur als Ausgangspunkt aus äußerster Not betrachtete. Darauf ergreift Gen. Niehner nochmals das Wort:

Genosse Niehner: Der Herr Dyl hat hier seine Rede damit begonnen, daß er gesagt hat, er sei kein Faschist. Ich habe keine Ursache, an diesen Worten zu zweifeln. Er mag, das muß ich aber sagen, bloß ein eingeschriebenes Mitglied der

faschistischen Partei sein. Noch nicht. Aber wenn, wie er angelündigt hat, die Bewegung zu gewalttätigen Fortschritten machen sollte, dann werden wir ihn ja bald als offenen Faschisten begrüßen können. (Senator Dyl: Wenn es nötig sein sollte, dann ja!) Wenn Sie sehen werden, wie der Hase läuft! Es ist jedenfalls auffällig, daß, wenn hier des Faschismus überhaupt nur Erwähnung getan wird, der Herr Senator Dyl wie aus der Pistole geschossen, hier aufsteht, um den Faschismus zu verteidigen. Das spricht doch zumindest von starker Herzensneigung. (Sen. Vater Krojher: „Und wenn vom Kommunismus gesprochen wird, immer Niehner.“) Und wenn es sich darum handelt, der Demokratie eine Schande anzutun, dann treten Sie (zu Krojher gewandt) auf! Es spricht also zumindest von großer Sympathie des Herrn Sen. Dyl, wenn er jedesmal, wenn der Faschismus auch nur erwähnt wird, sofort das Wort ergreift; ich habe ihn noch niemals mit solcher Wärme die Demokratie verteidigen gehört und den Parlamentarismus wie er immer hier den Faschismus verteidigt.

Die Ausführungen des Herrn Dyl haben den Kern der Sache nicht berührt, er hat um die Sache herum geredet. Worum hat es sich gehandelt? Nicht um eine allgemeine Auseinandersetzung über den Faschismus, sondern um die von mir mit Beweisen belegte Feststellung, daß die Linksradikalen, die Kommunisten, nicht nur eingeschleiert werden, sondern daß auch ihre Vertreter hier und im Abgeordnetenhaus bei jeder Geringfügigkeit, wenn irgendein Staatsanwalt oder Polizeiorgan eine Gesetzwidrigkeit wittert, ausgeliefert werden, daß man systematisch durch Konfiskation, durch politische Verfolgungen und Aufhebung des Immunitätsrechtes vorgeht, während, wie ich an einer Reihe von Fällen gezeigt habe, der Radikalismus von Rechts geschont und toleriert, nicht nur geduldet, sondern direkt favorisiert wird, daß es sogar vorkommt, daß Amtsdorgane und Angehörige der Armee offen für den Faschismus, also für eine Bewegung, welche auf den Umsturz der Verfassung in diesem Sinne abzielt, Partei ergreifen. Um diesen klaren Tatbestand hat sich Herr Sen. Dyl herumgedrückt.

Wenn er von „Ordnung machen“ spricht, so möchte ich ihm nur eines sagen: eine Partei, welche das Debauche der Moravsko-Slezka Banka mitverschuldet hat, eine Partei, welche neben diesem furchtbaren Debauche noch eine Reihe anderer Dinge verschuldet hat, — man gehe nur

die Affärengeschichten, die Skandal- und Korruptionsgeschichten der letzten Jahre durch — besitzt keine Legitimation, in diesem Staate Ordnung zu machen. Es ist notwendig, hier Ordnung zu machen, aber diese Ordnung kann nur gemacht werden, wenn hier anstelle einer Scheindemokratie die wirkliche Demokratie eingeführt wird. Wenn Sie darüber klagen, daß es unter der Arbeiterschaft so viele gibt, die vor dem demokratischen System keinen Respekt haben, so sei Ihnen gesagt: Das ist, weil es sich hier nicht um eine wirkliche Demokratie handelt, sondern um eine Spiegelmokratie. Nur eine wirkliche Demokratie ist imstande, gesunde Zustände im Staate zu schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Senator Dyl findet es notwendig, noch einmal das Wort zu ergreifen, weicht aber dem Verlangen des Gen. Niehner auf den Kern der Sache einzugehen, aus.

Zum Schluß versuchte der Berichterstatter Dr. Vaga die Ausführungen des Gen. Niehner mit juristischen Kniffen zu entkräften, was aber niemanden wirklich überzeugen konnte.

Sodann wird unter Spannung des Hauses zur Abstimmung geschritten. Ueber Antrag der Kommunisten wird die Auslieferung vorgenommen, wobei der Antrag des Berichterstatters auf Auslieferung mit 57 gegen 53 Stimmen angenommen wird. Für die Auslieferung stimmte die alte Koalition einschließlich eines Teiles der tschechischen Sozialdemokraten, dagegen die oppositionellen Parteien, bei welchen die Bänke der Christlichsozialen und Deutschnationalen große Lücken aufwiesen.

Dann gelangen noch zwei Immunitätsfälle zur Abstimmung. Der eine betrifft den kommunistischen Senator Sture, wegen Übertretung noch Paragraph 18 des Schutzgesetzes. Sture war vor seiner Wahl zum Senator wegen einer Versammlungsrede verurteilt worden und hatte die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben. Da er inzwischen zum Senator gewählt worden war, konnte die Verhandlung nicht stattfinden. Der Antrag des Berichterstatters auf Auslieferung wurde angenommen.

Die dritte Immunitätsangelegenheit betraf den Senatoren Scholz, einen Gastwirt, der am Tage vor der Wahl in die Nationalversammlung vier ausgeschänkt hat. Der Auslieferung wurde stattgegeben.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung wurde kurz nach 6 Uhr abends geschlossen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

## Parlamentswache in Bereitschaft.

### Vom Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Ausschusses gettern nichts angefordert. — Scharjer Protest der Opposition.

Prag, 1. Juni. Der Kampf der sozialistischen Parteien gegen die Zollvorlage im landwirtschaftlichen Ausschuss dauert unentwegt fort, obwohl er an die Ausschussmitglieder schon allein physisch die höchsten Anforderungen stellt. Die gestrige Sitzung dauerte wieder bis gegen 3 Uhr früh und wurde heute bereits um 10 Uhr vormittags wieder fortgesetzt.

Zu Beginn der Sitzung protestiert der tschechische Sozialdemokrat Johaniß unter heftigen Protestkundgebungen der Sozialdemokraten und Kommunisten, daß während der gestrigen Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses 14 Mann der Parlamentswache Bereitschaftsdienst hatten, und spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Vorsitzende zu derartig provokatorischen Mitteln gegriffen habe. Er geht sodann zur sachlichen Behandlung der Vorlage über und hält es für bezeichnend, daß nicht ein einziger der Wirtschaftsmänner in der Sitzung erscheine, um sich über den Standpunkt der Regierung zur Vorlage zu äußern. Es sei charakteristisch, wie die Klasseninteressen in der Zusammensetzung der Zollmehrheit klar zum Ausdruck kommen. Gerade die Parteien der Zollmehrheit hätten den Arbeitern der verschiedenen Nationen wiederholt vorgeworfen, daß sie gemeinsame Beratungen über ihre wirtschaftlichen Interessen abhalten; nun gruppieren sie sich selbst zu einer tschechisch-deutschen Majorität. Johaniß begreift die Nationaldemokraten nicht, daß sie einen Antrag unterschreiben, der Handel und Industrie schädigt und konkurrenzunfähig macht. Ebenso wenig sei die Haltung der Gewerbetreibenden und der Merkanten zu verstehen. Wenn die tschechisch-bürgerlichen Parteien glauben, die wirtschaftlichen Vorlagen mit einer tschechisch-deutschen Mehrheit und die nationalpolitischen Vorlagen mit Hilfe der tschechisch-soz. Parteien durchzudrücken, dann spielen sie mit dem Feuer. Er stellt schließlich den Antrag, die Vorlage einem engeren Ausschuss zuzuwenden, in dem alle Parteien vertreten sind.

Es sprechen sodann der tschechische Volksparteiler Krejci und der Republikaner Dubicky in längeren Ausführungen für die Vorlage, während der Kommunist Klouba nach einem Protest gegen die Parlamentswache das politische Moment bei der Vorlage als ausschlaggebend bezeichnet. Die kleinbäuerlichen Schichten der Republikaner sind durch die Bodenreform arg enttäuscht worden und sollen nun durch große Versprechungen in der Zollfrage wieder an der Stange gehalten werden.

Gegen 8 Uhr wurde die Sitzung unter Vorsitz des Abgeordneten Prokupa wieder aufgenommen, der sich, da kein Stellvertreter aufzutreiben war, stundenlang nicht vom Platz rühren konnte. Als erster sprach der Landbändler Böhm, der mit großem Pathos, aber wenig

sachlichen Argumenten für die Zölle kämpfte und sogar die Hoffnung aussprach, daß dieser ersten Verständigung zwischen deutschen und tschechischen Parteien eine dauernde folgen werde. Seinen Hauptangriff richtete er gegen die Ausführungen unserer Genossen Schweichart und Leibl. Nach ihm wies ein tschechischer Nationalsozialist, nachdem er zunächst ein Lamento erhoben hatte, daß die alte Koalition nicht mehr bestehe, auf die bekannten Szenen in den ersten Sitzungen des neuen Parlamentes hin, wo das Deutschlandlied gesungen wurde, und konstatierte unter allgemeiner Heiterkeit und zahlreichen Zwischenrufen unserer Genossen, daß einer der eifrigsten Sänger gerade der Landbändler Böhm war, der jetzt in Versöhnungspolitik haufiert und am liebsten das „Sej Slovane“ anstimmen möchte. Sodann sprach der tschechische Sozialdemokrat Chalupka, der selbst ein Kleinrentier ist, scharf gegen die Zollpolitik der Mehrheit.

Die Debatte dürfte wieder bis in die Morgenstunden dauern.

## Beschleppung des Nationalitätenantrages im Initiativauschuss.

Prag, 1. Juni. Im Initiativauschuss verwahrte sich vor Eingang in die Tagesordnung der tschechische Sozialdemokrat Chalupnik gegen die Angriffe der „Morodni Listy“ und einiger anderer tschechischer Blätter, die ihn wegen seiner Haltung gegenüber dem Antrag Dr. Czech auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses in einer geradezu rüden Weise angegriffen haben. Er erklärte, daß bei der ersten Abstimmung hierüber ein Fehler des Vorsitzenden zu verzeichnen sei, der nur einen Teil des diesbezüglichen Antrages Kirpal zur Abstimmung bringen ließ, und daß daraus ein Mißverständnis entstanden sei. Wenn diese Blätter den tschechischen Sozialdemokraten „nationalen Verrat“ vorwerfen, so könne er den Spieß umdrehen, denn das jetzige Zusammengehen der tschechischen und deutschen bürgerlichen Parteien in der Zollfrage sei dann noch viel mehr als nationaler Verrat. Genossin Kirpal urteilt die Erledigung des Nationalitätenantrages, worauf der Vorsitzende erklärte, daß erst eine Präzisionsabklärung einberufen werden müsse, um den betreffenden Punkt der Geschäftsordnung authentisch zu interpretieren. Den Antrag der Genossin Kirpal, die Sache auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen, läßt der Vorsitzende nicht zur Abstimmung zu mit der Begründung, daß er das Hauspräsidium unmöglich zur Anberaumung einer Sitzung innerhalb einer bestimmten Frist zwingen könne. Trotz erhobenen Einspruches läßt er sich von diesem geschäftsordnungswidrigen Verhalten nicht abbringen.

Die Herrschaften wollen erscheinend die Erledigung des ihnen unbequemen Antrages mit

solcher Kniffen auf die lange Bank schieben. Der Antrag der Genossin Kirpal hätte wahrscheinlich die Mehrheit gefunden und so zog der Vorsitzende des Ausschusses lieber einen kleinen Geschäftsordnungsbruch vor, als daß er riskiert hätte, die Erledigung des Antrages Czech schon in der nächsten Sitzung herbeiführen zu müssen. In gewissem Sinne hat er nicht so unrecht: solange die deutschen Agrarier und Merkanten so wacker und selbstlos sich bei Abstimmungen auf die Seite der Regierung stellen wie heute im Plenum, so lange ist ein Verhandeln über den nationalen Ausgleich überflüssig, da diese „deutschen“ Parteien ja so wie so alles machen, was die Regierung will; auf sie kann sich die deutsche Bevölkerung dieses Landes bei der Verteidigung ihrer nationalen Rechte wirklich verlassen; dann ist sie schon verraten und verkauft.

**Die Kongrua vom Initiativauschub an das Plenum verwiesen.**

Die Kommunisten und der Deutschnationalen fehlen.

Prag, 1. Juni. In der heutigen Sitzung des Initiativauschusses wurde der Antrag auf Bewilligung der Kongrua gegen den Vorschlag des Vorsitzenden Chalupnik (tschechischer Sozialdemokrat) mit neun gegen fünf Stimmen dem Plenum zugewiesen. Dieses Stimmenverhältnis war möglich, weil die drei Kommunisten und der Deutschnationalen fehlten. Abgeordneter Chalupnik brachte einen Protest ein und wird im Hause den Antrag auf Zurückverweisung stellen, da in dem Antrag die Bedingungsansätze fehlen.

**Billubstis Kandidat Staatspräsident.**

Professor Mojsicik im zweiten Wahlgang gewählt.

Warschau, 1. Juni. Marshall Rataj eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung um 10 Uhr und fordert die Versammlung auf, die Kandidaturen anzumelden. Es werden als solche bekanntgegeben: Wojtode Adolf Bninski, Prof. Ignaz Mojsicik und Abgeordneter Marek. Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Nach derselben wird die Sitzung der Nationalversammlung auf 15 Minuten unterbrochen; nach Wiederaufnahme erteilt Marshall Rataj dem Senator Grünmacher das Wort, welcher das Protokoll über das Ergebnis der Wahl verlas.

Es erhielten Bninski 211, Mojsicik 215 und Marek 56 Stimmen.

Der Präsident gab bekannt, daß keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhalten hat und daß deshalb eine engere Wahl zwischen Bninski und Mojsicik erforderlich sei.

Die zweite Abstimmung ergab folgendes Resultat: 281 Stimmen für Mojsicik, 200 Stimmen für Bninski, 63 Stimmsettel waren leer. Zum Präsidenten der Republik erscheint somit Professor Ignaz Mojsicik gewählt.

Der neugewählte Präsident begab sich nachmittags nach einer Konferenz mit dem Sejmarschall Rataj in Begleitung des Ministerpräsidenten Bartel in das Gebäude des Ministerpräsidentiums. Sejmarschall Rataj machte den Pressevertretern die Mitteilung, daß Professor Mojsicik die Wahl zum Präsidenten der Republik angenommen habe; die Nationalversammlung ist zur Beerdigung des neuen Präsidenten der Republik für Freitag 12 Uhr mittags einberufen.

**Streitdrohungen der Wiener Gemeindeangestellten.**

Wien, 1. Juni. (Eigenbericht.) Der Verband der Angestellten der Gemeinde Wien hat schon vor längerer Zeit an die Gemeindeverwaltung die Forderung nach einer Notstandsauslösung in der Höhe eines Monatsgehaltens gestellt. Die Gemeindeverwaltung hat die Forderung vor allem deshalb abgelehnt, weil nach dem Bundesfinanzverfassungsgesetz es den Gemeinden verboten ist, ihre Angestellten besser zu bezahlen als der Staat, widrigenfalls ihnen ihre Ertragsanteile an den Bundessteuern in der doppelten Höhe gekürzt werden. Infolgedessen hat die Gemeinde auch eine Verhandlung über die Forderung als zwecklos abgelehnt.

Die Leitung des Verbandes der Gemeindeangestellten hat nun heute beschlossen, noch einmal die Einleitung von Verhandlungen zu verlangen und das äußerste gewerkschaftliche Mittel, den Streik, anzuwenden, falls nicht bis zum 11. Juni eine entsprechende Antwort erteilt wird. Bisher soll allerdings eine Urabstimmung der Mitglieder erfolgen.

**Der englische Streit.**

Erfolgslose Verhandlungen.

London, 1. Juni (Neuter). In den letzten 24 Stunden wurden zwischen der Regierung, den Grundbesitzern und den Bergarbeitern Verhandlungen geführt, die jedoch bisher zu keinem bestimmten Ergebnis führten. Man erwartet die Fortsetzung der Verhandlungen.

Im Unterhaus antwortete Baldwin auf die Anfrage Macdonalds, welche Folgen auf die Drei-Millionen-Pfund-Subvention für die Regelung der Kohlenfrage der ablehnende Standpunkt der Bergarbeiter gegenüber den Regierungsvorschlägen haben würde, daß sich die Regierung in dieser Angelegenheit freie Hand vorbehalte.

**Landbändler und Merkanten als willfähige Handlanger Cernys.**

Sie decken die Regierung in der Falcistenfrage und beugen einem Nichterkenntnisvotum vor.

Prag, 1. Juni. Die heutige Parlaments-sitzung brachte dem tschechischen Bürgerblock, der die Durchpeitschung der Falcisten bezieht, einen zunächst sehr unangenehmen Zwischenfall: die tschechischen Sozialdemokraten überreichten gemeinsam mit den Nationalsozialisten eine durchaus sachlich gehaltene dringliche Interpellation, in der das Verlangen gestellt wurde, daß sich der Ministerpräsident sowie die Fachminister für Aeuferes, Finanzen, Landwirtschaft, soziale Fürsorge, Ernährung und Handel sich unterzüglich noch in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses einfinden sollen, um sich hier vom Standpunkt ihres Ressorts zu der beabsichtigten Abänderung des Zolltarifes zu äußern. Eine Regierungserklärung sollte eine Abstimmung nach sich gezogen und da hätten die Herrn Landbändler und Merkanten Farbe bekennen müssen, ob sie für oder gegen die Regierung sind; sie zogen es deshalb vor, die Regierungserklärung lieber zu bereiten und sich so aus der Schlinge zu ziehen. In jedem anderen Staate wäre es eine Selbstverständlichkeit, daß die Vertreter der genannten Ressorts sich ausführlich darüber äußern, wie sich die neuen Zölle auf das Verhältnis zu den anderen Staaten, auf den Abschluß von Handelsverträgen, auf die Lebenshaltung und die Ernährung der von neuer Teuerung bedrohten Bevölkerung voraussichtlich auswirken werden. Erst nach sorgfamer Erwägung all dieser Momente dürfte es eine andere Regierung wagen, an die Lösung eines so schwerwiegenden Problems zu scheitern. Die Tschechoslowakei bildet natürlich auch hier eine Ausnahme. Die tschechisch-deutsche Zollkoalition besteht auf ihrer Mehrheit von wenigen Stimmen, die zugleich ihr einziges Argument ist; denn alles andere, was zur Verteidigung der Zölle bisher im Hause vorgebracht wurde, war so armselig und nichtsagend, daß man es nicht wagen durfte, die verlangten Ministerexposés dem Hause zu erstatten. Bei allen Beschönigungsversuchen hätte das Ministerium etwa des Ernährungsministers oder des Fürsorge-ministers über den zu erwartenden Einfluß der Zölle auf die Ernährung und die Lebenshaltung der durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie schon hart betroffenen Bevölkerung so vernichtend ausfallen müssen, daß man nur zu dem einzigen Hilfsmittel greifen mußte, derartige Erörterungen einfach völlig zu unterdrücken.

Da das Ergebnis einer sofortigen Abstimmung zweifelhaft gewesen wäre, vertagte der Präsident des Hauses daher die Sitzung, angeblich nur auf eine halbe Stunde, aus der aber eineinhalb Stunden wurden, und man beraufschlugte und padelte hinter den Kulissen nun so lange, bis die Mehrheit für die Ablehnung dieses Antrages gesichert war. Die deutschen Agrarier und Merkanten waren vorher nicht im Saale gewesen und hätten sich wahrscheinlich ganz gerne von dieser peinlichen Abstimmung gedrückt; da es aber ohne sie nicht gegangen wäre, so erschienen sie nach der Pause fast vollzählig im Saale, um mit den tschechischbürgerlichen Parteien den unabweisbaren Antrag einfach brutal niederzustimmen.

Solche Abstimmungen, bei denen die Gruppierung nach Klasseninteressen unter Hintansetzung aller nationalen Belange den Ausschlag gab, hat es in den letzten Wochen schon mehrere gegeben. Immer aber haben sich die Landbändler und Merkanten dabei auf die Wahrung ihrer bedrohten Standesinteressen herausgeredet.

Heute aber sind sie einen Riesenschritt weiter gegangen und haben der Regierung Cerny auch bei der Niederstimmung einer ganzen Reihe von politischen Interpellationen, die mit ihren Zöllen nicht das geringste zu tun hatten, Handlangerdienste geleistet und ihr den Rücken gedeckt. Die deutschen Agrarier und Merkanten haben sich nicht gescheut, gegen eine kommunistische Interpellation zu stimmen, welche eine Regierungserklärung über den Fasizismus forderte und Aufklärung über die Stellung Cernys zum Fasizismus verlangte. Nach den Ereignissen der letzten Wochen weiß jeder einseitige Mensch, daß die Falcistenfrage in der Tschechoslowakei nicht mehr zu unterschätzen ist und daß sich diese Bewegung, falls sie zur Macht käme, erbarmungslos gegen die gesamte deutsche Bevölkerung auswirken würde, gleichgültig, ob Intellektueller, Bauer oder Arbeiter. Aber trotzdem stimmten heute die Landbändler und Merkanten mit der größten Gemütsruhe, weil es schon einmal in einem Aufwaschen ging, alle diesbezüglichen Interpellationen der Opposition an die Regierung nieder, um nur der Regierung einen Liebedienst zu erweisen.

Die deutsche Bevölkerung wird sich die heutigen Abstimmungen gut merken müssen. Sie liefern den unzweifelhaften Beweis, daß diese Parteien um des lumpigen Geldes willen, das für sie bei den Zöllen und der Kongruaregelung herauszuschauen wird, nicht nur die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes, auf deren Verteidigung sie sich vor den letzten Wahlen geradezu ein alleiniges Patent genommen hatten, rückständiglos preisgeben. Sie glauben anscheinend, daß sie auf die selbe Weise am leichtesten ihre Schmach nach den Regierungssitzen stillen werden. Daß sie, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan und der nationalen Koalition durch der-

artige Liebedienste wieder auf die Beine geholfen haben, von ihren jetzigen tschechischen Verbündeten den verdienten Fuhrtritt statt der Ministerposten bekommen werden, ist ziemlich wahrscheinlich; wir wollen hoffen, daß sie auch von der deutschen Wählerschaft diesen Fuhrtritt bekommen werden, wenn sie sich noch einmal unterfangen, unter der Maske biederer völkischer Ehrenmänner auf den Wählerfang auszugehen.

Die Hausführung, die sich mit verschiedenen zwischenstaatlichen Uebereinkommen über die Regelung der Pensionistenfrage befahte, verlief anfangs debattelos und unter geringem Interesse. Erst als in den Couloirs die Urfachen der unvermittelten Unterbrechung der Sitzung bekannt wurden, war man besonders auf das Verhalten der Landbändler und Merkanten zu dem erwähnten Antrag der tschechischen Sozialdemokraten, welche Ministererklärungen über die Zölle erzwingen wollten, gespannt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung war das Haus dicht besetzt und unter allgemeiner Spannung wurden zunächst verschiedene kommunistische Interpellationen zur Abstimmung gebracht. Als aber die deutschen Agrarier und Christlichsozialen auch die Interpellation über den Fasizismus und die Stellung Cernys dazu ablehnten, wurden sie von der Linken mit einem Hagel von Zwischenrufen überschüttet, in die auch die Deutschnationalen einstimmten. Für die Ablehnung des Antrages des tschechischen sozialistischen Blocks auf Abgabe von Ministererklärungen stimmten, wie durch Auszählung der Stimmen festgestellt wurde, 143 Abgeordnete, nämlich die deutschen und tschechischen Agrarier und Merkanten, die Hlinkaleute, Nationaldemokraten und Gewerkschafter, während die sozialistischen Parteien, einschließlich der deutschen Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit 93 Stimmen in der Minderheit blieben. Ein letzter Reiz von Schamgefühl hielt die deutschen Volksgenossen wenigstens ab, in den ostentativen Beifall der Tschechischbürgerlichen bei Verkündung dieses Resultates einzustimmen, der minutenlang währte.

Nächste Sitzung Dienstag den 8. Juni, um 11 Uhr vormittags.

**Was ein christlicher Gewerkschafter zu den Zöllen sagt.**

Die „Deutsche Presse“ vom Dienstag (Zoll-Festnummer) schreibt, daß ihr aus Arbeiterkreisen ein Auszug aus den Ausführungen des christlichen Gewerkschafters Schüh am Reichsparteitag in Troppau geseht wurde. Der Auszug sieht so aus:

„Gewerkschaftsobmann Schüh erinnerte darin, daß früher, als man es für möglich gehalten hat, die Landwirtschaft aus der besseren Zeit wieder in eine Notlage gekommen sei. Das Rezept zur Besehung der landwirtschaftlichen Notlage heiße jetzt Schutzzölle. Dieses Rezept wird noch zu prüfen sein, ob es auch der vernünftigen Erkenntnis standhält. Zunächst soll einmal untersucht werden, ob es möglich ist, daß die Gruppe der Verbraucher neue Lasten tragen könnte. — Wenn wir von Verbrauchern reden, denken wir zunächst an alle, die selber ihre Lebens- und Bedarfsartikel nicht erzeugen, sondern kaufen müssen. Ganz besonders stehen uns hier die Lohn- und Gehaltsempfänger vor Augen. Dem Lohn- und Gehaltsempfänger in der gegenwärtigen Stunde auch nur einen einzigen Heller mehr aufzubürden an öffentlichen Lasten, als sie sonst schon tragen, hieße diese darben den Schichten neu zum Tragtier der Gesellschaft herabwürdigen. So sehr wir die Hilfe für die Landwirtschaft beifürworten, ebenso sehr wehren wir uns dagegen, daß diese Hilfe jetzt im Augenblick über den Weg einer allgemeinen Verteuerung ungenutzt bleibt. Wenn Zölle kommen, so erklären wir schon heute: „Die Lebenshaltung und das Brot darf dadurch nicht teurer werden!“

— wenns nicht schneit! Aber selbst diese nauen Ausführungen zeigen die Begeisterung der christlichsozialen Wähler für die Zollpolitik ihrer Partei.

**Die Getreidezölle — für die Gebirgsbauern nutzlos.**

Ein bemerkenswertes Geständnis der „Deutschen Landpost.“

Die deutschen Landbändler beklagen es in ihrer Presse bitter, daß in dem gemeinsamen Zollantrag der Deutsch- und Tschechischbürgerlichen die von ihnen geforderten Flachszölle nicht aufgenommen worden sind. Mit den Flachszöllen soll nämlich in erster Linie den deutschen Gebirgsbauern geholfen werden und da auch noch die Textilindustriellen dagegen sind, fällt es den tschechischen Agrariern gar nicht ein, sich dafür zu exponieren.

Ueber das Versagen der agrarischen Klassen-solidarität in diesem sehr wesentlichen Punkte stellen sich die Landbändler äußerst erbost und sie haben am Sonntag auf einem sogenannten Flachsbauerntag in Bärn (Nordmähren) dagegen hef-

tig protestiert. Der Bericht der „Landpost“ über diese Tagung ist so interessant, daß er in seinen wichtigsten Stellen festgehalten zu werden verdient. Nach einer Aufforderung an den parlamentarischen Klub der Landbändler, sich für die Einführung von Flachszöllen einzusetzen, heißt es dort:

„Es geht nicht an, daß gerade die ärmsten Schichten der Landwirtschaft, die Flachsbauern den Geldsäcken einiger Großindustrieller mit deren Banken geopfert werden sollen, während zu den sogenannten „landwirtschaftlichen Zöllen“ wahrscheinlich auch die Kunstdünger- und sonstigen, die Landwirtschaft auf das schwerste treffenden Einfuhrzölle gerechnet werden. Es kam der einmütige Wille zum Ausdruck, dem Vernichtungswillen einiger Geldmagnaten den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und lieber auf die, für die Gebirgsbauern ohnehin illusorischen Getreidezölle Verzicht zu leisten, und für die Aufhebung aller Zölle, also auch der bestehenden Industriezölle, zu stimmen. Dann wird es sich zeigen, ob die Herren der Nationalpartei und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auch in diesem Falle dagegen stimmen werden, oder diese nur gegen die landwirtschaftlichen Zölle stimmen.“

Da haben sich die landbändlerischen Agrar-pölnner in ihrem Uebereifer einmal gründlich bloßgestellt. Sie bestätigen ungewollt unsere Argumente gegen die Agrarzölle. Sie geben zu, daß die Getreidezölle für die Gebirgsbauern illusorisch, also vollkommen sinn- und zwecklos sind und daß sie obendrein mit dauernd hohen Einfuhrzöllen auf Kunstdünger und sonstige „die Landwirtschaft auf das schwerste treffende Einfuhrzölle“ erkauf werden müssen. Blödsinnig entdecken die Landbändler die Schattenseiten ihrer Zollpolitik, plötzlich sind sie dagegen, daß die ärmsten Schichten der Landwirtschaft der Interessen einiger Geldmagnaten geopfert werden, obwohl doch ihre ganze Agrarpölnerei gerade darauf hinausläuft. Glanzender hätten die deutschen Agrarier unsere Haltung zu den Agrarzöllen nicht rechtfertigen können!

Zu alledem kommt noch die kindische Drohung, daß die Landbändler, falls keine Flachszölle eingeführt werden, plötzlich in das Lager der verruchten Freihändler hinüberzuwandern und für die Aufhebung aller Industriezölle stimmen werden. Das wäre ein Schauspiel für Götter! Ueber unsere Haltung zu einem solchen Freihandelsantrage mögen sich die Herren Landbändler vorläufig kein Kopfschütteln machen. Sie sollen nur zuerst die in diesen Dingen sehr maßgebliche Meinung der tschechischen Agrarier und Nationaldemokraten einholen, nach deren brüderlichen Ratsschlüssen sie bisher so stramm gefolgt sind. Wenn der deutsch-tschechische Bürgerblock morgen den Freihandel einführen will, so laßt er ihn kraft seiner Mehrheit ebenso durchpeitschen und beschließen lassen wie die Agrarzölle. Also keine Ausreden auf die Sozialdemokraten und frisch ans Werk, ihr je — nach — Bedarfs-Schutz-Zoll-Freihandelsmänner!

**Gemeindevwahl in Nimes.**

Sonntag, den 30. Mai, fand in Nimes die Gemeindevwahl statt. Das Ergebnis ist folgendes: Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei: 590 Stimmen und 6 Mandate. Kommunisten: 533 Stimmm. (6 Mandate), tschechische Sozialdemokraten: 187 Stimmen (2 Mandate), Wahlgemeinschaft Nationalpartei, Gewerkschafter und Landbändler: 1304 Stimmen (14 Mandate), Christlichsoziale: 388 Stimmen (4 Mandate), Sakentkreuzler 251 Stimmen (3 Mandate), Tschechische Wirtschaftspartei 123 Stimmen (1 Mandat).

Es stehen somit 1370 sozialistische Stimmen 2166 bürgerliche gegenüber. Die Kommunisten und unsere Partei verloren je ein Mandat. Unsere Partei hat aber ihren Beststand gegenüber den Parlamentswahlen behauptet. Am 15. November 1925 erhielten wir 583 Stimmen, am 30. Mai 590. Eine starke Einbuße erlitten die Kommunisten. Während sie bei den Parlamentswahlen 676 Stimmen erzielten, wurden am Sonntag für sie um 86 Stimmen weniger abgegeben. Verloren haben auch die Sakentkreuzler, die 89 Stimmen weniger erhielten. Die stärkste Einbuße verzeichnen die Merkanten, denen gegenüber den Parlamentswahlen 102 Stimmen zum Fehlen kommen. Die tschechischen Stimmen haben sich um 8 vermehrt. Sinegen weist die sogenannte Wahlgemeinschaft einen Gewinn von 283 Stimmen auf, das sind fast genau die Stimmen, die die Kommunisten, Merkanten und Sakentkreuzler verloren. Es ist bedauerlich, daß eine proletarische Partei 86 Stimmen verloren hat, es ist aber auch kennzeichnend, wenn 86 Wähler, die vor sechs Monaten kommunistisch stimmten, nun ihre Stimmen den ärmsten Feinden der Arbeiterklasse geben. Verständlich ist dies aber, wenn man die Politik der Kommunisten von Nimes in den letzten Monaten verfolgt hat. Desto erfreulicher ist es jedoch, daß unsere Partei ihre Stärke nicht nur behalten, sondern noch einen — wenn auch kleinen — Gewinn zu erzielen vermochte. War doch gerade unsere Partei durch die „Arbeit“ der Kommunisten in Nimes nahezu völlig zerstört. Heute haben wir in der ehemaligen Hochburg der Kommunisten eine gut funktionierende Lokalorganisation, während die Kommunisten es schon bis zu einer „Ortszelle“ gebracht haben. An unseren Genossen wird es nunmehr liegen, unter Einsatz aller Kräfte den Boden für eine gute sozialdemokratische Bewegung zu ebnen.

# Gegen den Faschismus!

## Die Rolle der Gewalt in der Politik und die Arbeiterklasse.

In seinem ausgezeichneten Buche, welches das internationale Proletariat zum Kampfe gegen den Faschismus aufzurufen und den proletarischen Vertrauensmännern das geistige Rüstzeug in dem Kampfe zu liefern bestimmt ist, betont der österreichische Genosse Julius Deutsch mit Recht, daß der italienische Faschismus deswegen einen so leichten Sieg über die Arbeiterklasse errungen hat, weil der geistigen Weisheit der Arbeiter die Gewaltanwendung in der Abwehr gegen den Faschismus widerstand. Diese Geistlosigkeit war eine Folge der Entwicklung der sozialistischen Parteien vor dem Kriege. „Das Proletariat kam sichtlich vorwärts, ohne daß es das Risiko und die Opfer gewalttätiger Auseinandersetzungen hätte zu tragen brauchen. Kein Wunder, daß die organisierte Arbeiterklasse selbst im Feuer der revolutionären Umwälzungen nach dem Jahre 1918 in ihrem Kern auf dem Boden der friedlichen Demokratie blieb, die jede Gewalt ablehnte.“ Aus diesen Auffassungen heraus sieht die Arbeiterklasse dem Faschismus jene Waffe gegenüber, mit der sie vor dem Kriege so erfolgreich gekämpft und so glänzende Siege errungen hatte: Aufklärung in Versammlungen und Zeitungen, Kundgebungen im Parlament und höchstens noch Massenstreiks. Gerade aber die Geschichte des italienischen Faschismus lehrt uns, daß diese Waffen unter den heutigen Verhältnissen ungenügend sind, will das Proletariat die Errungenschaften von Jahrzehnten vor den Angriffen des Bürgertums sicherstellen.

Das Mittel nun, das Deutschland in seinem Buche empfiehlt, die neue Waffe, welche die Arbeiterklasse einer Reihe von Ländern immer mehr zu führen lernt, ist die Organisierung der Wehrhaftigkeit des Proletariats. Deutsch grenzt diese sozialdemokratische Forderung sehr klar und scharf von der Forderung der Kommunisten nach der „Bewaffnung des Proletariats“ ab. Die Erfüllung dieser kommunistischen Forderung bedeutet nach Deutsch keine organisierte Massengewalt, sondern eine Vertauschung der Einzelaktion. Wo die Kommunisten, wie in einzelnen Industriegebieten Deutschlands, die Bewaffnung des Proletariats tatsächlich durchgeführt haben, wurde nicht ein Erfolg, sondern eine katastrophale Niederlage der Arbeiter daraus. In der Zeit, in der wir leben und in welcher der Bourgeoisie die organisierte Staatsgewalt nicht mehr genügt, sondern wo sie neben dieser Staatsgewalt eine bewaffnete Macht aufstellt, um das Proletariat niederzuhalten, müssen die Wehrorganisationen der Arbeiterklasse neben ihre bisherigen Organisationen treten. Zur politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und zu den Kulturorganisationen der Arbeiterklasse kommt also noch in der Zeit des kämpferischen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Wehrorganisation der Arbeiterklasse.

Wenn die Sozialdemokratie in allen Ländern nunmehr zur Aufstellung solcher Wehrorganisationen tritt, handelt sie durchaus im Sinne der großen klassischen Lehrer des internationalen Sozialismus. Schon Marx hat auf die Rolle der Gewalt hingewiesen, die die Geburtsheiferin jeder alten Gesellschaftsordnung ist, die mit einer neuen schwanger geht. Diese Auffassung hat nichts zu tun mit dem Irrglauben des Putzajismus, der die Gewalt ohne jede Rücksicht auf die ökonomische Entwicklung anwendet. Nur diejenige Gewalt, die das Werk der wirtschaftlichen Entwicklung ist, welche die Kräfte der neuen Gesellschaftsordnung von den ihre Entwicklung hindernden absterbenden Auswüchsen der alten befreit, kann dauernde Verhältnisse begründen. Alle sozialdemokratischen Parteiprogramme sind stets von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß sich das Proletariat die Mittel der Erfüllung seiner Ziele nicht wählen kann. So sprach schon das Einheitsprogramm vom Jahre 1889 davon, daß das Proletariat aller Länder sich aller zweckmäßigen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen müsse. Das Proletariat kann, so führt Deutsch aus, nicht allein mit demokratischen Mitteln kämpfen, wenn kein Massengewalt diesen Kampf Boden läßt verlassen und zur Gewalt gezwungen hat. Deutsch beruft sich auf Kautsky, der in seinem Buche über „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ mit Recht gefagt hat: „Es wäre abgeschwächt, auch den Kampf um die Demokratie selbst mit den Mitteln der Demokratie führen zu wollen. Mit friedlichen Mitteln ist die Demokratie weder einem Gewaltregime abzurufen, noch gegen ein solches zu verteidigen.“

Das internationale Proletariat ist nicht gewillt, die Beute der sich immer mehr dem Faschismus ergebenden Bourgeoisie zu werden. In allen Ländern entstehen proletarische Abwehrorganisationen gegen die faschistische Gefahr. Das Buch des Genossen Deutsch ist geeignet, dem Abwehrkampf gegen den Faschismus die geistige Grundlage zu geben.

\*) Julius Deutsch: Antifaschismus! Proletarische Wehrhaftigkeit im Kampfe gegen den Faschismus. Wien (Vollständigung) 1926.

# Tagesneuigkeiten.

## J. S. Nachar: Das Bexierbild.

Ihr alle kennt wohl die Bexierbildchen, womit das Kind sich gern den Kopf zerbricht: ein Bexierfeld nun zum Beispiel zwischen Schutz und Sträuchern weidet eine Herde Schafe, es gilt die Frage: wo ist hier der Hirt? Und drehst du dann das Bild nach rechts und links, erscheint der Hirt im Nu vor deinem Blick, geträumt, geknickt, gewöhnlich auch entstellt, doch macht's dem Kinde große Freude stets, wenn es den Hirt in drin gefunden hat. Wein lieber Leser, heute gib's für dich, für den Erwachsenen, ein Bexierbild: hier finde, wo „das allgemeine Wohl!“ (Bist Bürger, Steuerzahler eines Staats (der deine Taschen preßt mit Raffinement), da siehst du einen schönen Park vor dir, mit Mauern ringsherum, und hinter drin sind Paragraphe, Polizei, Gericht, wie die lebendige Sprache sie benannt; was drin im Park, erfährst du freilich nie, nur die siehst durch die Pforten leis' sich drücken, in deren Hand ein passend Schlüsselchen — und treten sie heraus, so strahlt ihr Blick, und ihre Taschen sind dann vollgepfropft, selbst einen vollen Pintel tragen sie, oft einen Koffer — es geschieht auch mal, daß sie ein Auto oder Wagen bringt, dann schaffen sie in diese Führerische Pakete, Kaugummi und ermüden nie, mit desto größ'rem Eifer tragen sie herbei die schwere Last, je mehr sie wiegt — so, lieber Leser, drehe dieses Bild und suche d'rauf „das allgemeine Wohl!“ Dreh' es nach rechts, nach links, stell' es auf den Kopf und suche, suche nur! — Daß du nichts siehst? Schon, wär's nicht gut, Belehrung holen, Rat? — daß jeder bloß 'ne saure Miene macht, wenn du ihn fragst? Vielleicht daß du nicht hast gewandt dich an die Rechten, Wissenden, auch ich, der aufgab dieses Rätselspiel, könnt' dich nicht unterrichten, lieber Freund, nur mein' ich, wenn du im Besize wärst des Schlüsselchens von der Tür und könnt'st hinein wie and're, daß du sähest mehr als jezt, da du die saure Miene machst, mein Freund.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Rigova.

## Eine neue Webmaschine.

Die Verdrängung der Handwebmaschine durch den mechanischen Webstuhl hat bekanntlich zu erbitterten sozialen Kämpfen und wirtschaftlichen Umwälzungen geführt. Nunmehr soll auch dem mechanischen Webstuhl das Ende bevorstehen. Er soll, wie wir einem Berichte der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, ersetzt werden durch eine selbsttätige und zwangsläufig arbeitende Maschine. Die neue Erfindung kennt das Weberischfische nicht mehr. Bei ihr ist die Federaktion eines Tages in zwei Kreuzspulen links und rechts aufgehängt, und von diesen wird der Schußfaden durch Greifer abgezogen, doppelt in ein Fach bis zur Mitte eingeführt und dort jedem gegenüberliegenden Greifer übergeben. Als dann wird der Faden innerhalb der Webkante durchgeschnitten und vom Greifer einfach ausgezogen. Die Kante wird dadurch gebildet, daß das beim Abschneiden entstehende kurze Ende im Fach liegt und mit dem Blattanschlag angeschlagen wird, wodurch eine haltbare Kante entsteht. Beide Greifer sind so ausgeführt, daß sie als zuführende und abnehmende Greifer wirken. Der Schußentwurf erfolgt wechselseitig, wodurch an beiden Seiten eine Kante entsteht. Alle zur Betätigung der Greifer und der sonstigen Hilfseinrichtungen erforderlichen Teile sind übersichtlich und leicht zugänglich angeordnet. Die Maschine, die bereits in mehreren Großbetrieben aufgestellt ist, arbeitet zur Zeit mit einer Umdrehungszahl von 170. Sie wiegt ca. 500 Kilogramm und ist zum großen Teil aus Schmiedeeisen hergestellt. Sie eignet sich zum Weben aller Arten Textilien (Baumwolle, Wolle, Jute, Leinen, Flachs, Seide usw.), ebenso zum Buntweben. Die Hauptvorteile der Maschine sind, daß sie Tag und Nacht arbeiten kann, daß bei ihr Schlag und Stoß unmöglich sind, die Kettenfäden geschont werden, die größten Spulformate verwendet werden können, daß wenig Kraft erforderlich ist. Betriebsunfälle vermieden, die Unterhaltungskosten verringert und Arbeiter eingespart werden. Ihre Bedienung ist äußerst einfach und kann durch Angeleitete gegeben.

So weit die Nachricht der „Frankfurter Ztg.“. Wenn die Maschine zur Anwendung gelangt, dann wird zweifellos die Arbeiterklasse darunter am meisten leiden, denn tausende von Arbeitern können dadurch — wie dies bei der Verdrängung des Handwebstuhles durch den mechanischen Webstuhl geschah — in ihrer Existenz auf das schwerste bedroht werden. Vom Standpunkt der Arbeiter wird man daher die Forderung aufstellen müssen, daß, kommt es zur Einführung der neuen Webmaschine, dies nur im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geschehe, damit die Interessen der betroffenen Arbeiter geschützt werden.

**Zur Waldverstaatlichung.** Das Bodenannt versendet an die Bezirke und Gemeinden Fragebogen zur Feststellung des gegenwärtigen Bestandes der autonomen Verbände, anderer Körperchaften und Privatpersonen an Waldungen. Diese Statistik soll dem „Waldprogramm“ zur Grundlage dienen, an welchem im Bodenannt geordnet wird und das als Schlüsselstein der „Bodenreform“ demnächst zur Durchführung gelangen soll. Der Bodentreformauschuß des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper, dessen Vorsitzende sich über den Gegenstand soeben von dem Vorstande der neu errichteten Forstabteilung des Bo-

denamts (IV/6, Forstmeister Procházka) unterrichten ließen, knüpft an diese Erhebungen die Erwartung, daß die deutschen Gemeinden und Bezirke nicht allein die Fragebogen sorgfältig ausfüllen, sondern auch, freilich in abgeordneten Eingaben, ihren gesetzlichen Vorzug bei der Zuteilung des schlagnamten Waldbestandes mit Nachdruck geltend machen werden. Näheres hierüber enthalten die wiederholt in den Verbandsnachrichten der deutschen Selbstverwaltungskörper veröffentlichten Anleitungen des Bodentreformauschusses (Prog-Weinberge, Marschall-Fochstraße 31.)

**Die Parteileitung der italienischen Sozialisten nach Mailand verlegt.** Die Leitung der sozialistischen Partei der italienischen Arbeiter und die Leitung des Parteiblattes „Giustizia“ haben beschlossen, beide Institutionen von Rom nach Mailand zu verlegen, weil es in Mailand eher möglich ist, die Organisation und die Propaganda zu betreiben. Die Umwandlung der „Giustizia“ von einem Wochen- in ein Tagblatt wird vorbereitet.

**Die nicht standesgemäße Heirat im republikanischen Deutschland.** Der Kommandant der thüringischen Landespolizei, der von der Rechtsregierung eingesezte Oberst Rühle v. Bilienstern, hat kürzlich einem seiner Offiziere folgendes mitgeteilt: Sie sind mit der Tochter eines Hamburger Justizwachmeisters verheiratet. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Gattin nach ihrer Abkunft nicht in unsere Gesellschaft hineinkommt. Es wäre wohl das Beste, wenn Sie um Ihre Verzeihung von Weimar eintommen würden.

Der Oberst v. Bilienstern hat diese Methode, die thüringische Landespolizei von republikanischen Polizeioffizieren zu „reinigen“, schon mehrfach angewendet und Beamte, die nicht „standesgemäß“ genug ausstrahlen und der feudalen Reichswehrorganisation in Weimar nicht gefielen, kurzerhand in die Provinz versetzt. Daß die thüringische Regierung zu diesem Skandal schweigt, ist selbstverständlich; weniger verständlich ist, daß trotz dieser frechen Annahme der Reaktionären die als „nicht standesgemäß“ verachteten „Justizwachmeister“ und ähnliche Plebejer nicht so viel Gefühl für ihre Würde aufbringen, den aufgeblasenen Reaktionären die politische Gefolgschaft aufzusagen. Aber es scheint schon in Deutschland so zu sein, daß die Rechtsparteien von der Kaiserzeit her genau wissen, wie viel Schritte mit dem Junkerstickel so ein kleiner Beamter oder sonstiger Kleinbürger einsteht.

**Eine schwere Explosionskatastrophe** hat sich in der Dynamitfabrik in Grängesberg (Schweden) ereignet. Aus noch nicht festgestellter Ursache ist das Fabrikgebäude in die Luft gesalogen und zum Teil vernichtet worden. 6 Personen, 5 Frauen und ein Mann, die in dem Pressehaus der Fabrik beschäftigt waren, sind bis zur Unkenntlichkeit zerstört worden. 12 weitere Arbeiter wurden verletzt.

**Ein Mord im Erzgebirge.** Sonntag wurde auf dem Haffjägerberge im Erzgebirge die Leiche eines zwanzig- bis zweiundzwanzigjährigen Mädchens, aufgefunden. Die Leiche wies zwei schwere Schußverletzungen auf. Eine Waffe wurde bei der Leiche jedoch nicht gefunden, so daß die Möglichkeit eines Selbstmordes ausgeschlossen ist und nur ein Verbrechen angenommen werden kann. Da aber die Einordner ihren Schmutz noch tragen, ist auch die Annahme eines Raubmordes von der Hand zu weisen und es bleibt nur noch die Möglichkeit eines Lustmordes oder einer Liebestraße übrig. Die Erhebungen der Gendarmerie sind dadurch erschwert, daß es bisher nicht gelungen ist, die Identität der Toten sicherzustellen. Sie ist zwanzig- bis zweiundzwanzig Jahre alt, mittelgroß, hat blondes Haar (Bunzlöffel) und war mit einer roten Bluse, einem türkis genusterten Rocke, fleischfarbenen Strümpfen und schwarzen Lederschuhen bekleidet. Auch über die Zeit der Zuführung der Tat herrscht noch Unklarheit. Wie die Gendarmerie erheben konnte, wurden in einem unweit vom Tatort gelegenen Hegerhause zwei Schüsse gehört, und man vermutet daher, daß die Schüsse waren, durch die das Mädchen getötet wurde.

**Ein Eindreher nach entspringen.** In Potten-dorf und Umgebung wurde vor kurzem eine weitverzweigte Mörder-, Räuber- und Eindreherbande verhaftet. Unter ihren Führern befand sich ein gewisser Windstheim aus Pottenstein, der mit allen Mitteln trachtete, aus der Unterjuchungshaft (in Wiener-Neustadt) zu entspringen. Er schluckte Löffel und rostiges Eisen, wurde ins Krankenhaus gebracht und, da er dort fortwährend Fluchtversuche unternahm, in die Tobsuchtzelle. Nun ist es ihm gelungen, nach dieser Tobsuchtzelle zu entspringen.

**Verstüchter Kindesmord im Gerichts-saal.** In Barubitz wurde von einem Straftaten Josef J. wegen Gewohnheitsdiebstahl zu drei Monaten Kerker verurteilt. Als nach der Urteilsverkündung trotz der Bitte der Gattin des Angeklagten auf bedingte Verurteilung die Strafe als unbedingt erklärt wurde, ergriff J. das Kind, das seine Frau am Arme trug, und drohte, es zu er-morden. Tatsächlich traf er Anstalten, das Kind mit dem Kopf zu Boden zu schlagen, und nur den anstrengenden Bemühungen der Wache gelang es, ihn von diesem Vorhaben abzubringen. J. mußte mit Gewalt in die Zelle abgeführt werden und wollte das Kind mitnehmen. Auch die Gattin mußte gewaltsam aus dem Gerichtssaal herausgeführt werden.

**Studienreise nach Oesterreich.** Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in Prag IV., Na Balesch 288, veranstaltet im Verein mit dem Zentralverband deutscher Vaugenossenschaften in Troppau Samstag, den 3. Juli d. J., eine gemeinsame Fahrt nach Oesterreich zur

# Rundfunk für Alle!

**Programm für morgen, Donnerstag.**  
 Prag: 9 Uebertragung aus der Karolinenthaler Kirche, 11.30, 12, 20, 22 Nachrichten, 17 Konzert, 18 Deutsche Sendung; Direktor Emil Sudek: Aus „Fräulein Tugendstern“ von Karlchen (Karl Etlinger), 18.45 Vortrag, 20.02 Eine Stunde Weber'scher Musik, 21 Konzert. — Brunn: 10 Gefangensmatine, 19 Konzert des R. J. Orchesters, 20 Arien und Duette aus deutschen Opern. — Wien: 11 Orgelkonzert des Dr. Symphonieorchesters, 18.10 Kammermusikabend, 20 Carl Maria Weber-Fest. — Berlin: 20.30 Lieber von Schubert und Wolf, 21 Kammermusik von Haydn bis Schönberg. — Breslau: 20.30 Amos Comenius: Diogenes. — Pleslau: 18 „Am Ruderboot von Ulm nach Wien, von Prag nach Berlin“, Studientrat Weber.

**Einführung des Bildfunks in England.** Nach einer Mitteilung der Broadcasting Company ist für Anfang Juni mit der allgemeinen Einführung des Bildfunks im Rundfunkdienst zu rechnen. Die Gesellschaft hat die Prüfung der eingerichteten Bildfunkempfänger beendet und wird einen normalisierten Bildfunkempfänger in den Verkehr bringen, dessen Kosten sich auf etwa 10 Pfund Sterling belaufen sollen. Für Schulen, Krankenhäuser, Wohltätigkeitsanstalten, gemeinnützige Vereine usw. soll eine besondere Preisermäßigung eingeführt werden.

**Wellenlängen der Stationen:** Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Gärlich 515.

**Besichtigung der in den letzten Jahren geschaffenen Siedlungen.** Die Kosten für die Fahrt ab Prag nach Linz, Linz—Wien zu Schiff, und Wien—Prag sowie für Paß und Wohnungsbühren betragen 220 K. Abfahrt von Prag 3. Juli 1926, 7 Uhr früh, nachmittags Besichtigung von Linzer Sehenwürdigkeiten, abends Begrüßung, 4. Juli Besichtigung von Gemeinde- und Genossenschaftsbauten und der Siedlung Scharling, 5. Juli Wachaufahrt und Begrüßung in Wien, 6. Juli Besichtigung der Siedlung Lainz u. Lichtbildervortrag Dr. Schneider, 7. Juli Führung durch das Siedler-Museum durch Dr. Neurath und Vortrag Dr. Kampffmeyer, Besichtigung der Siedlung Antaeus und Starckant, Pflöhersteig, 8. Juli Besichtigung der Preßbaumer Siedlung und des Einfamilienhauses „Heimhof“, Besichtigung der Siedlungen Neumannhof und Fuchsenfeldhof, 9. Juli Rückreise nach Prag. Anmeldungen bis spätestens 10. Juni 1926 bei der Deutschen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in Prag IV., Na Balesch 288.

**Ermäßigte Eisenbahn-Halbjahreskarten für Reisende und Vertreter.** Nach den vorliegenden Bestimmungen für den Bezug ermäßigter Halbjahreskarten, gelangen zum Juli-termin die ersten u. zweiten Halbjahreskarten zu den vor dem 1. 1. 1926 bestanden Preisen, also ohne die nachher eingetreten Erhöhung von 10 v. H. für organisierte Reisende und Vertreter zur Ausgabe. Demnach kostet eine erste Halbjahreskarte für die Direktion Pilsen 500 K, Prag—Züd 420 K, Prag—Rud 600 K, Königgrätz 670 K, Brunn 460 K, Olmütz 560 K, Preßburg 600 K, Kaschau 430 K, Zushlag Böh.-Träbau—Prag 330 K. Eine zweite Halbjahreskarte kostet für die Direktion Pilsen 310 K, Prag—Züd 230 K, Prag—Nord 320 K, Königgrätz 360 K, Brunn 240 K, Olmütz 300 K, Preßburg 310 K, Kaschau 220 K, Zushlag Böh.-Träbau—Prag 170 K. Mindestgebühren einer ersten Halbjahreskarte 1200 K, einer zweiten 600 K. Hierzu kommen noch die üblichen Ausstellungsgebühren. Anspruch auf ermäßigte Halbjahreskarten können nur organisierte Reisende und Vertreter erheben und es ist eine Besätigung der Firma, vidiert von der politischen Bezirkshörde, dem zuständigen Gremium, dem Schiffenausschuß oder der Krankenkassa, daß der Besteller als Reisender, bzw. Provisionsvertreter angestellt ist, ferner eine ungebrauchte Photographie 6 mal 6 beizubringen. Diejenigen, die die ermäßigte zweite Halbjahreskarte zum Preise von 35 v. H. verlangen, müssen die Nummer, die Direktionen und den Preis der ersten Halbjahreskarte genau angeben. Die zweiten Halbjahreskarten haben bereits vom 25. Juni Geltung. Die Halbjahreskarten sind durch das Sekretariat der Union der Geschäftreisenden in Brunn, Aldergasse 24, und alle Union-Ortsgruppen zu beziehen, woselbst alle gegenständlichen Auskünfte gerne an jedermann erteilt werden.

**Ziehung der Klassenlotterie.** Bei der Ziehung der Klassenlotterie am Dienstag wurden die Grundzahlen 40 und 45 gezogen. 50.000 K gewinnt: 132.945, 10.000 K gewinnen: 91540 185040, 4000 Kronen gewinnen: 23740 75440 9540 47540 137040 135645 209945 209645, 2000 K gewinnen: 164540 67040 27940 9410 44740 48940 143940 135340 131740 84104 10840 145440 12640 168340 188340 50940 214640 108540 195940 144940 134745 45945 217845 127145 3645.

**Wie der Faschismus die Arbeiterklasse verendet,** zeigt eine Betrachtung des gewissenhaften Funktionärs einer italienischen Arbeiterkammer Gallesini. Danach hat der Preisindex im Jahre 1921 100, im Jahre 1925 119.4 betragen. Seht man nun den Lohnindex für 1921 ebenfalls mit 100, so beträgt dieser 1925 98.8, während also der Preisindex um fast 20 Prozent gestiegen ist, ist der Lohnindex um mehr als 1 Prozent gefallen. Der Reallohn der italienischen Arbeiter ist daher geringer als vor vier Jahren. Nimmt man den Reallohn im Jahre 1921 mit 100 an, so betrug er im Jahre 1925 nur 85.5. Man sieht also, wie der Faschismus die Interessen des Privatkapitals wahr!

# Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde eurer Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

**Wihelm der Fromme**, der nach dem Bericht von jedem Morgen allerhöchst selbst die Morgenandacht hält, leidet nach der Meinung englischer Gemüter in der „Verbannung“ bittere Not. Dazu sei kurz festgestellt: Das Haus Doorn hat eine Größe von rund 280 Morgen; es besteht aus einer Villa, verschiedenen Nebengebäuden, Garten, Wiesen und Parkanlagen. Der Preis des gesamten Landbesitzes betrug beim Kauf 1.350.000 fl., die so ort bar bezahlt worden sind. Seither ist das Haus Doorn sorgfältig weiter ausgebaut, im wihelminischen Stil „verhöner“ und mit den wertvollsten Möbeln, Teppichen und Bildern ausgestattet worden. Die Silberkammer enthält nicht nur 1000 silberne Geschäfte, sondern auch alles, was an Tafelauffätzen und sonstigen Ruben bei einer so hochgestellten Persönlichkeit zu erwarten ist. Wihelm besitzt sogar ein großes silbernes Tafelgeschloß. In Goldmark umgerechnet, verfügt Wihelm außerdem über ein gut angelegtes Vermögen von etwa 20 Millionen Mark.

Ein **Böhenabenteurer eines Bäckermeisters** wird aus dem Berliner Zoo gemeldet. Die Löwin Senta lag gerade mit ihren Böhenkindern behaglich hin- und her in der Sonne, als sich zwei feuchtschöne Gestalten, unter ihnen ein Bäckermeister aus Liebenwerda, ihrer Behausung näherten. Der Bäckermeister stieg über das Gelande und versuchte der Löwin eine seiner Brötchen aufzubringen. Als alle Freundlichkeiten nicht versingen, streifte er dem Kuchler das Fell, bis die Löwin blitzschnell ihre Krallen auf den Arm des Bäckers fallen ließ und ihm eine ihrer Krallen tief in die Hand schlug. In dieser Stellung blieb die Löwin liegen und hielt ihr Opfer fest. Erst den Bemühungen des Oberwärters und der Bediensteten des angeheulerten Bäckermeisters gelang es, ihn der Umarmung der Löwin zu entreißen, ohne daß das Abenteuer mit einem ernstlichen Unfall abgeschlossen wurde.

**New York löst seine Brände ohne Feuerspritzen.** In dem großen New Yorker Stadtteil von der 34. Straße bis zur Südspitze von Manhattan, also im ganzen Stadtviertel, indem auch die Mehrzahl der berühmten Wolkenkratzer liegt, gibt es keine einzige Feuerspritze mehr. An ihre Stelle sind zwei riesige Pumpstationen getreten, die ein Röhrennetz von rund hundert Meilen mit Wasser unter starkem Druck speisen. New York ist die einzige Stadt mit einer Feuerwehreinrichtung dieser Art, aber es hat in diesem Geschäftszentrum auch ungeheure Werte und eine während der Geschäftsstunden dichtgedrängte Bevölkerung zu schützen. Die zwei Pumpstationen sind an den beiden Flüssen gelegen, die die City im Osten und Westen umfließen; sie schöpfen das Wasser mit elektrischen Pumpen aus dem Fluß und sind weiter mit elektrischen Motoren von annähernd 10.000 Pferdestärken ausgestattet, die in der Minute 36.000 Gallonen Wasser unter einem Druck von 300 pounds entlassen können. Die Feuerwehre hat auf diese Weise die unbeschränkten Wassermengen des Hudson und des East River zu ihrer Verfügung. Dank 2700 Hydranten, an deren jeden vier Schläuche angeschlossen werden können, ist jede denkbare Brandstätte von vornherein unmittelbar mit der Pumpstation in Verbindung gesetzt; dreißig Sekunden nach Bedienung der Leitung senden die Hydranten Wasserstrahlen bis zur Höhe von 250 Fuß. Die Vorteile gegen das alte System mit seinen wohl mangelhaften Reizen, aber auch all den Zufälligkeiten und Störungen, denen es ausgesetzt war, bedürfen keiner näheren Darlegung. Natürlich ist das Funktionieren der Pumpstationen gegen alle Zufälligkeiten gesichert. Zur Versorgung mit elektrischer Kraft sind sie mit der New Yorker Elektrizitätszentrale durch vier Kabel verbunden, die gesondert gelegt sind, damit bei Explosionen jeweils nur ein Kabel gefährdet werden kann. Aber die Stadtverwaltung hat noch ein übriges getan und in den Vertrag mit den Pumpwerken eine Buße von 500 Dollar pro Minute eingeseht, falls die Werke je ein-

mal mehr als drei Minuten versagen sollten. Aber es ist bisher noch nicht die geringste Unterbrechung vorgekommen, obwohl das System schon über fünfzehn Jahre in Kraft ist.

**Wetterüberblick vom 1. Juni.** Montag erhoben sich die Temperaturen in der ganzen Republik auf sommerliche Höhe und erreichten in den tieferen Lagen 25 Grad Celsius. Abends und in der Nacht auf Dienstag wurde der westliche und der mittlere Teil der Republik bis zu den Karpathen von ausgedehnten Gewittern betroffen. Die größte Niederschlagsmenge wurde in Böhmen verzeichnet. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen hatten Wilowitz 56, Schneeoppe 36, Ruffig 32, Donnersberg 29, Budweis 5, Prag 21, Czerchov 15 Millimeter Regen. Dienstag früh ist es außer in der Ostslowakei überall kühl und meist regnerisch. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Vorwiegend Besserung und Erwärmung.

**Weitere Musik-Angebote.**

Mark Twain lernte einen berühmten Pianisten kennen und sprach ihm von seiner Verehrung des Klaviers: „Wissen Sie, daß ich dem Klavier überhaupt meine Existenz verdanke?“ „Erzählen!“ bestärkte man den Dummkopf. „In meiner Jugend“, berichtete Mark Twain, „gab einmal eine große Ueberschwemmung...“ „Aha! Wohlthatigkeitskonzert!“ lächelte der Pianist. „Nein, aber als das Wasser unser Haus erreichte, setzte sich mein Vater in eine Bootschiffle und schwamm darin ans Ufer; und ich begleitete ihn auf dem Klavier!“

Als Hans Pfitzner seine Kantate „von deutscher Seele“ mit dem Gewandhausorchester probte, „pöpte“ ein Bläser ganz fürchterlich. Pfitzner klopfte ab und bemerkte, daß die Noten so nicht in der Partitur ständen. Gedämpfte Stimme aus dem Blasbereich: „Da gänse ähnd emoh heern, wies indr deutsche Seele heitzedaahe in Wirklichkeit aussid!“

Im Pfarrhause eines eben besetzten serbischen Dorfes sah ein musikbegabter österreichischer Hauptmann am Klavier und spielte dem Kriegserbkämmerer langerechte Wiener Walzer vor. Plötzlich öffnete sich die Tür und der Kopf eines sächsischen Landsturmmannes erschien; verschwand gleich wieder: „Entschuldigung, wir dachdn, hier wäre a Buff!“ (Roda Roda benennt diese Geschichte: „Nach der Musik“.)

Der theoretisch gewaltige Jadafohn entließ seinen jugendlichen Schüler Bufoni mit folgender Abschiedsrede: „Sä sinn ä junger Mann, Sä sinn ä begabdr Mann. Sä wärn Ihrn Wäch schon machn. Sis Ihnen ja och schon allerhand Hibsches eingefallen — wir wollen nich weidr dröbr redn. Awr wenn Ihnen, was Gobb vchödn merche, ma nischd mehr einfallen solld, so härsne uff mich: nähmsde de Glasiggr vor; schreimle meintwöschn de Dhemn von hindn nach vorne — sgomnd immer noch mehr dabei heraus als so...“

Einem weniger begabten Schüler eröffnete Jadafohn: „Seins froh, dasses Schicksulke schon erfundn is; Sie häddn nichema ä Johndulke erfunden genn!“

Eine Hofdame erkundigte sich nach der Aufführung eines Regerschen Werkes mit obligatem Kontrabass bei dem Kompositionen, ob denn die tiefen grunzenden Töne tatsächlich von dem schwächlichen und engbrüstigen Fagottisten durch bloßes Blasen mit dem Munde hervorgebracht seien? „Das will ich stark hoffen!“ antwortete Regner.

**Die falsche Scham.**

Zu dem neuen Kultur-Film der Ufa.

Der größte Kulturfilm der Ufa „Die falsche Scham“ ist nicht der erste Film, der die Frage der Geschlechtskrankheiten behandelt und diese durch Aufklärung und Belehrung bekämpfen will, aber er ist entschieden das Beste aller bisher vorgeschrittenen Erzeugnisse ähnlicher Tendenz. Erst unlängst berichteten wir von dem Conrad Veidt-Film „Dürfen wir schwärzen?“, der diese Frage im Rahmen eines spannenden Spielfilmes behandelt. Auch diesmal bekommt man den Stoff nicht in einer trockenen, langweiligen Aufzählung und Erläuterung vorgelegt, sondern die ganze Frage wird ausführlich in vier selbständigen Bildern aufgerollt, die klar und einleuchtend über die Entstehung, Heilung und Folgen der Geschlechtskrankheiten im allgemeinen, hauptsächlich aber der Syphilis, Aufschluß geben.

Das erste Bild führt zwei junge Studenten vor, die sich in einem Vergnügungspark ergehen und den verschiedenartigsten Lockungen ausgesetzt sind, denen sie fast erliegen, bis sie ein unbekannter Herr auffordert, die Anstalt der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ aufzusuchen, wo gerade ein Arzt einen Vortrag hält, den er mit Hilfe von wissenschaftlichen Bildern und einleitenden Triebzeichnungen verständlich macht. Die jungen Leute sind von dem Gehörten und Gesehenen so erschüttert, daß sie nachdrücklich die Anstalt verlassen und an allen Gefahren vorbeigehen.

Im zweiten Bild erkrankt ein Student, nimmt aber die Krankheit nicht ernst. Der ihn behandelnde Arzt nimmt ihn daher eines Tages in seine Klinik mit, wo er ihm an den Kranken und an Modellen die Folgen vernachlässigter Krankheiten zeigt. Am nächsten erschüttert den Studenten das tragische Schicksal einer jungen Frau, die von ihrem Mann angesteckt worden war und aus falscher Scham zu dem Arzt aufgesucht hat. Nun bringt der junge

Mann selbst auf eine energische Behandlung seiner Krankheit.

Die letzten zwei Bilder behandeln die Syphilis, von der in weiten Bevölkerungskreisen noch immer die falsche Meinung verbreitet ist, sie sei unheilbar, was den heutigen Ertrungenshaften in ihrer Bekämpfung nicht mehr entspricht. Der Film betont einigemale mit Nachdruck, daß der Erkrankte, der sich rechtzeitig von einem Fachmann behandeln läßt, keinen Grund hat, an seiner endgültigen Heilung oder gar an seiner Zukunft zu zweifeln.

Das dritte Bild stellt eine junge Amme in den Mittelpunkt, die, einst erkrankt und von einem Kurpfuscher nicht ausgeheilt, das ihr anvertraute Kind ansteckt.

Der letzte Teil des Filmes ist von nachhaltiger Wirkung, ein unverfälschtes Bild des Daseins, wie es ein Facharzt gewiß aus zahlreichen Fällen in all seiner Tragik kennen lernt. Ein Bauer, der sich vor 40 Jahren luesisch angesteckt hat, ist durch Rückenmarksschwindsucht arbeitsunfähig geworden und muß sein Haus verkaufen, seine von ihm angesteckte Frau leidet an Gehirnerweichung; er wird ins Siechenhaus, sie in die Irrenanstalt gebracht. Ihre Richte zieht mittellos in die Großstadt, wo ihr ein Geschlechtsreisender eine Stelle als Verkäuferin verschafft und mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis eingeht. Er war aber früher krank gewesen und hat sich nicht ausheilen lassen, so daß er das Mädchen ansteckt. Sie will ihn in ihrem ersten Verzweiflungsschmerz bei der Polizei anzeigen, nimmt aber die Anzeige wieder zurück, als er ihr seine ersten Absichten kundgibt, und beide gehen zum Arzt. Das Mädchen wird bald geheilt, weil sie peinlich alle Anordnungen des Arztes vollführt, aber der junge Geschlechtsreisende und ein wenig leichtsinniger Mann verzögert die Kur, bis er endlich zur Vernunft kommt. Auch er wird ausgeheilt und nicht lange später kann das glückliche junge Ehepaar den Arzt als Paten zur Taufe ihres jüngsten Kindes einladen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen Film die eindringliche Mahnung: sobald du erkrankst,

**Devienturie.**

Prager Kurse am 1. Juni.

	Wert	Wert
100 holländische Gulden	1357.75	1363.75
100 Reichsmark	803.25	807.25
100 belgische Franks	104.30	105.70
100 Schweizer Franks	653.75	656.75
1 Pfund Sterling	164.02.50	165.22.50
100 Lire	128.05	129.45
1 Dollar	33.70	34
100 französische Franks	103.05	110.45
100 Dinar	59.49	59.99
10.000 ungarische Kronen	4.68.75	4.78.75
100 polnische Zloty	304.0	310.50
100 Schilling	477.12.50	480.12.50

**Volkswirtschaft.**

**Der Abbruch der Lohnverhandlungen im Baugewerbe.**

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und die Genossenschaft der Baumeister im Egerer Kammerbezirk haben von dem Scheitern der Lohnverhandlungen die Öffentlichkeit durch eine in der bürgerlichen Presse erschienene Rundnotiz in Kenntnis gesetzt. Die Herren Baumeister teilen in der Notiz mit, daß sie in Anbetracht der Tatsache, daß gegenüber dem Zeitpunkte des letzten Vertragsabschlusses (April 1925) die Kosten der Lebenshaltung nach dem vom städtischen Staatsamt geführten Index der Kleinhandelspreise um 7 Prozent gefallen sind, und in der Erkenntnis, daß jede Erhöhung der Löhne eine Verteuerung des Bauens mit sich bringen würde, den vertraglosen Zustand einer in den gegebenen Verhältnissen nicht begründeten Lohnerhöhung vorgezogen haben.

Damit wollen die Baumeister der Öffentlichkeit sagen, daß die durch den Vertragsabschluß 1925 vereinbarten Bauarbeiterlöhne den „gegebenen Verhältnissen“ nicht nur voll entsprechen haben, sondern, daß jetzt sogar eine Herabsetzung der Löhne gerechtfertigt und für die Arbeiter erträglich sei. Der Beweis hierfür wird von den Herren in ihrer bekannten Vornehmheit schuldig gelassen. Denn der Hinweis auf den vom statistischen Staatsamt geführten Index der Preisbewegung im Kleinhandel ist nichts anderes als ein ganz plumper Schwindel. Berechnet für die ganz Dummheit und die Feinde der Arbeiterschaft, damit deren „Begehrlichkeit“ von jenen, die bekanntlich nicht alle werden, und jenen, die auf das schmutzigste und albernste Argument nicht zurückweichen, wenn dadurch nur der Haß gegen die schaffenden Proletarier zum Ausdruck gebracht, sozusagen amtlich bewiesen werden kann. Wenn man mit der Rundnotiz in zügellosem Haß gegen die Arbeiter nicht bewußt und absichtlich die Öffentlichkeit irreführen wollte, dann hätte auch angeführt werden müssen, daß das Staatsamt in seinen Berichten selbst zugibt und veröffentlicht, daß die Indexziffer allein nicht als Grundlage und Berechnungsbasis für Festsetzung der Löhne genommen werden kann. Sofern die Indexziffer zu diesem Zweck herangezogen wird, müssen vorerst andere Voraussetzungen geschaffen werden. Dies weist nicht bloß das statistische Staatsamt, sondern jeder unvoreingenommene Mensch, der sich mit diesen Dingen zu beschäftigen hat. Dies weist auch die Baumeistergenossenschaft und der Arbeitgeberbund. Aber es geht gegen die Arbeiter und da lebt man sich in vornehmer Taft aus. Wenn die Baumeistergenossenschaft und der Arbeitgeberbund den Vorwurf der absichtlichen Irreführung der Öffentlichkeit, der bewußten falschen Argumentation nicht auf sich sitzen lassen will, dann müssen beide Körperschaften auch öffentlich bekannt geben, welche Lebenshaltung sie den Bauarbeitern überhaupt

zubilligen und welche Kosten diese Lebenshaltung verursacht. Erst dann könnte sich die Öffentlichkeit ein Urteil bilden, ob die Baumeister des Egerlandes den deutschen Bauarbeitern das Recht, nur annähernd ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können, zubilligen, oder ob die Herren vermeinen, für Volksgenossen im Arbeitsmittel ist es gerade genug, wie Kulis dahinzugehetieren, um schließlich elendlich zugrunde gehen zu müssen. Erst nach dieser Feststellung wäre der lächerlose Beweis erbracht, daß die gewünschte in Nordböhmen schon bewilligte Lohnerhöhung in Westböhmen nicht begründet sei. Die Herren Baumeister brauchen sich bei dieser Feststellung durchaus nicht nach den Haushaltungsbüchern ihrer Gemahlinnen richten. Denn würde das Lohn der Bauarbeiter nach diesen Haushaltungsberechnungen bestimmt, dann würde bestimmt eine Verteuerung des Bauens eintreten.

Die Herren Baumeister dürfen nur bei den Ausweisen des statistischen Staatsamtes bleiben. Dort werden sie finden, daß die wöchentlichen Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie im Vorjahr im Jahresdurchschnitt mit rund K 340.— errechnet sind. Die Lebenshaltungskosten einer viertköpfigen Arbeiterfamilie betragen in Nordwestböhmen im Jänner L. J. K 333.23, im Feber K 329.70, im März K 324.23, im April K 322.10. In allen vier Monaten also unter dem vorjährigen Jahresdurchschnitt. Die Baumeister sollen der Öffentlichkeit aber sagen, ob mit den bisherigen Löhnen, die sie noch herabsetzen wollen, diese Lebenshaltungskosten von einem einzigen Bauarbeiter Westböhmens erreicht werden. Dies ist nicht der Fall. Deshalb entspricht die Behauptung, die gewünschte Lohnerhöhung sei nicht begründet, nicht der Wahrheit.

Als Berechnungsgrundlage 2.5 Familienstand und 2000 Arbeitsstunden im Jahre angenommen, müßte der Stundenlohn K 5.23 sein, um die für April L. J. errechneten Lebenshaltungskosten verdienen zu können. Welcher Bauarbeiter ist aber 2000 Stunden im Jahr beschäftigt?

Dazu kommt noch, daß der Großhandelsindex am 1. Mai L. J. schon wieder eine Steigerung von 0.6 Prozent aufweist. Im Vergleich der Vorkriegszeit hat er sich von 923 auf 928, bei der Goldumrechnung von 134.6 auf 135.3 erhöht. Den Hauptanteil an der Steigerung haben vornehmlich Nahrungsmittel. Die vegetabilischen Nahrungsmittel verteuerten sich um 3.7 Prozent, verschiedene Nahrungsmittel und Lebensmittel um 1.7 Prozent. Nicht lange wird es dauern und das Risiko Mehl wird um 70, Zucker um 60 besser teurer sein. Fleisch und Fett werden um einige Kronen verteuert werden. Fahrpreise der Eisenbahnen erfahren eine allgemeine Erhöhung um 22 Prozent, die ermäßigten Arbeiterarten eine besondere Verteuerung. Daß solche Dinge eine Lohnerhöhung bedingen, können nur die beehrlichen Bauarbeiter behaupten. Ein Vergleich zwischen dieser Begehrlichkeit und der Bescheidenheit der Herren Baumeister soll in einem andern Artikel demonstriert werden.

**Prager Produktenbörse.** (Offizieller Bericht vom 1. Juni.)

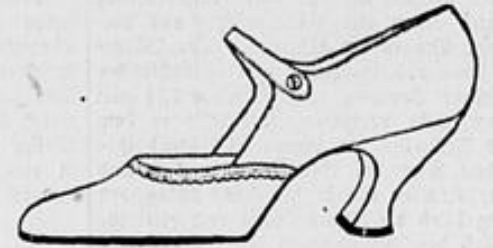
Bei vorwiegend befestigten Preisen entwickelte sich an der heutigen Produktenbörse ein sehr lebhaftes Geschäft. Der Verkehr auf dem Getreidemarkte wies trotz der Unsicherheit hinsichtlich der Höhe der Zölle einen sehr lebhaften Verlauf auf, mit Ausnahme von Gerste, die infolge der bereits vorgeschrittenen Saison geschäftlos blieb. Weizen und Roggen konnten sich bei bedeutendem Angebote und ebensolcher Nachfrage gut behaupten, Hafer, namentlich erste Sorten, weiter befestigen. Im Einklange mit dem Getreidemarkte gestaltete sich auch der Maismarkt fest; es herrschte auch hier große Nachfrage, was ein Anziehen der Kurse zur Folge hatte. Sämtliche übrigen Marktgebiete, Futtermittel und inbegriffen, von welsch letzteren besonders Heu seine feste Tendenz auch weiter beibehielt, konnten eine bedeutende Nachfrage aufweisen und die angebotene Ware wurde leicht plaziert. Auch Fett, sowohl amerikanisches als auch magararisches, lag fest. Bei Hülsenfrüchten entwickelte sich das Geschäft ruhig. Auf dem Kolonialwarenmarkte konnten sich Reis und Kaffee behaupten. Der Samenmarkt war mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Saison geschäftlos. Die Börse war sehr zahlreich besucht und das Geschäft gestaltete sich nach längerer Zeit wieder sehr lebhaft. — Es notierten in K: Böhmisches Weizen, Prag 217—222, böhmischer Roggen, Prag 137—140, böhm. Merkantilergerste, Prag 142 bis 145, böhm. Auswahlgerste, Prag 154—162, böhm. Hafer, feuchter, Prag 138—142, böhm. Weißhafer, Prag 147—150, amerik. Patentmehl, Teischen 350 bis 360, Weizenmehl DSH 373—378, Weizenbrotmehl Nr. 4 200—210, Roggenmehl 0/1 238—243, Gleichmehl 1 220, Weizen Grieß 383—393, Reis Burma II., Teischen 280—295, Reis Kracan, Teischen 295—333, Reis Moulman extra, Teischen 3.65 bis 3.70, Reis italienisch, poliert, Prag 4.25, Kaffee Rio 28—28.50, Kaffee Santos 30.50—33.50, Kaffee Quatemala 35.50—38.50, Kaffee Portorico 38 bis 39.50, Tee Souchong 54, Tee Orange Pecco 58 bis 65, Parimandeln 35, Mandeln gekautobte 38, Rosinen 15—17, böhm. Pflaumen 3.50—4, böhm. Rohn 1100 bis 1125, böhm. Rummel 420—470, holländischer Rummel 470—500, grüne Erbsen 2.60—3.30, gelbe Erbsen 1.75—2.20, Viktoria-Erbsen 2.50—2.80, Linen 3—4, Weißbohnen 1.30—1.70, Hirse 2.85—3.05, amerik. Fett, Teischen 14.70—14.80, maghar. Fett, Sob 14.70—14.90, Ehartoffeln, Verladestation 31 bis 33, jugoslawischer Mais, Preßburg 102, rumänischer Mais, Kleinkörniger, Obergberg 113, Mais, Cingantino, Obergberg 116, böhm. Heu, Iosef, Prag 72 bis 83, böhm. Heu, gepreßt, Prag 80—94, Futterstroh, gepreßt, Prag 46—48, Streu- und Futterstroh, gepreßt, Prag 46—48, Langstroh, Prag 55—57, Weizenkleie inkl. Sade, Verladestation 95—100, Roggenkleie inkl. Sade, Verladestation 90—95, Weizenblüte 95—105, Rapskuchen 150—175, Leinukuchen 180—195.

# Für den Sommer.

## Auch der reizendste Fuß ist ohne einen schönen Schuh undenkbar.

Wir bringen für die Sommersaison einen Schuh, der den Anforderungen der Mode und der Bequemlichkeit gleicherweise entspricht, einen Leinenschuh aus weißem oder grauem Rips mit Ledersohle und tiefem Ausschnitt, der den frischen Luftzutritt zum Fuß jederzeit ermöglicht und ihn deshalb auch in der größten Hitze stets frisch erhält.

Kč 29.-



Wir verkaufen Leinenschuhe in beiden Farben zum Einheitspreis von . . . . .

Kč 29.-

# Matia

### Mitteilungen aus dem Publikum.

**Hühneraugen** entstehen infolge Tragens ungeeigneten Schuhwerkes. Wir befreien uns von ihnen am besten folgendermaßen: In einem warmen Fußbad lassen wir die Haut aufweichen und entfernen hierauf die Schwielen entweder auf mechanischem (Schmirgel, Nagelfeile etc.) oder chemischem Wege (durch Benützung verschiedener Pasten, Pflaster etc.). Selbstverständlich ist auch hier Vorsicht am Platze, damit nicht die gesunde Haut verletzt wird. Hühneraugen kann man vermeiden, wenn man sich bequemes Schuhwerk anschafft. (Bata.)

**Verzichten Sie Ihre teure Wäsche nicht** durch veraltete Waschverfahren! Waschen Sie nur mit Persale, dann hält Ihre Wäsche viermal so lange. Persale, das ideale, selbstwirkende Waschmittel, ist überall zu haben.

### Kunst und Wissen.

**Der Geiger Bennewitz gestorben.** Am 29. Mai o. J. starb in Hirschberg in Böhmen im 93. Lebensjahre Anton Bennewitz, der Altmeister der Prager Geigerschule. Nach einer ruhmreichen Virtuosenlaufbahn wurde Bennewitz im Jahre 1866 als Lehrer des Violinspiels an das Prager utraquistische Konservatorium berufen, dessen Schüler er selbst war. Im Jahre 1880 wurde er zum Direktor dieser Musikbildungsanstalt bestellt. Bennewitz, einer der letzten Deutschen am Prager Musikonservatorium, hat wesentlich dazu beigetragen, das Ansehen dieser Musikbildungsstätte zu mehren. Unter seinen zahlreichen Schülern ist vor allem der weltberühmte Violinpädagoge Sevcik und die Violinvirtuosin Ondříčková und Sitt zu nennen. Die ersten regelmäßigen Kammermusikonzerte in Prag, an denen auch Smetana teilnahm, waren sein Werk; das tschechische Streichquartett verdankt ihm seine Ausbildung. Dem Prager deutschen Kammermusikverein war er der erste künstlerische Berater. Das Amt eines Prager Konservatoriumsleiters verließ er bis zum Jahre 1901, in welchem Anton Dvořak die Leitung dieser Anstalt übernahm.

**Ästhetisch-hygienische Gymnastik.** Der deutsche Verein „Frauenfortschritt“ veranstaltete am 31. Mai im Prager Radiosaal einen Abend gymnastischer Vorführungen seiner Schülerinnen. Nach dem Dalcroze-System, den Methoden der Hellerauer und Labans geschult, schwebten und glitten die schlanken, anmutigen Mädchenfiguren über die Bühne, von den Worten und Blicken der Leiterin dirigiert. Jeder Schritt und jede Bewegung wirkten grazios, das Spiel der Körper und die Gebärde verrieten, daß Talent und Übung auch dort sehenswerte Leistungen erzielen, wo nicht Kunst, sondern lediglich Anmut erstrebt wird. Wieviel weniger

arme verkrümmerte, bucklige und verkrüppelte Menschentinder gäbe es auf dieser Welt, wenn die rhythmische Gymnastik Gemeingut aller wäre, wenn jedes Arbeiterkind, jede junge Fabrikarbeiterin wenigstens eine Stunde im Tage den Körper in Licht, Luft und Sonne tanzend und spielend üben könnten. Die Arbeiterin müßte dann nicht mit 30 Jahren verblüht und verwelkt, von den Alltagsorgen zermürbt und von der dumpfen Stuben- und Fabrikluft vergiftet sein. Wohl haben unsere Turnvereine viel zur Hebung der Körperkultur des arbeitenden Volkes beigetragen, sie ist aber bei uns immer noch fast alleiniges Vorrecht der Bourgeoisie. — Die sehr hübschen Vorführungen des Vereines „Frauenfortschritt“ ließen schmerzlich empfinden, daß Schönheit und Gesundheit Privilegien sind.

**Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst.** Am 5. Juni findet im Mozarteum der zweite Absolventen-Abend statt. Beginn halb 8 Uhr abends. Kartenvorverkauf bei Wepler und in der Musikakademie.

**Spielplan des Neuen deutschen Theaters.** Heute Mittwoch, Freitag und Sonntag halb 8 Uhr abends Gastspiel Sturm „Utschi“, Donnerstag halb 8 Uhr Gastspiel Ostwig-Rajdl „Madame Butterfly“, Samstag „Freischütz“, Montag „Hamlet“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Mittwoch abends „Der Sieger“, „Die Charakterlosen“, Freitag „Heimliche Brautfahrt“, Samstag und Sonntag „Spiel von Tod und Liebe“, Montag „Ramselle Ritouche“.

### Der Film.

**Anderßen im Film.** Nach einem Motiv von Anderßen schrieb Hans Tintner das Filmbuch „Das Girl mit den roten Schuhen“.

**Sudermann im Film.** Die Metro wird nach dem Sudermann'schen Roman „Es war einmal“ ein Drama unter dem Titel „Das Fleisch und der Teufel“ drehen, in welchem Greta Garbo und John Gilbert die Hauptrollen verkörpern werden.

### Bereinsnachrichten.

**Freier Radiobund, Ortsgruppe Prag.** Heute abends um 8 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smeklogasse 27, Versammlung mit Bericht von der Bundestagung in Bodenbach. Anschließend Hörabend.

**Internationaler Ausschuss akademischer Studenten.** Donnerstags, den 3. Juni, um 7 Uhr abends, im I. Klublokal des „Ademichy dum“, Anwesenheit aller Delegierten notwendig.

### Aus der Partei.

#### Jugendbewegung.

**Sozialistische Jugendorganisation, Prag.** Mittwoch, den 2. Juni, 8 Uhr abends, im Verein Deutscher Arbeiter Matteotti-Fest. Sonntag, Wanderausflug. Näheres darüber Mittwoch.

### Turnen und Sport.

#### Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband Vereine und Wien-Fahrer, Achtung!

Jene Vereine, welche den Festbeitrag ohne Quartier 20 K, mit Quartier 30 K noch nicht eingekendet haben, müssen ihn sofort einschicken. Vereine, welche trotz Aufforderung die verlangten Personalnoten der einzelnen Teilnehmer nicht gemeldet haben, müssen dies ebenfalls sofort nachholen. Dringende Erledigung Pflicht!

**Deutsche Leichtathletikliege in Finnland.** In Abo veranstaltete der finnische Arbeiter-Sportverband internationale Wettkämpfe, bei denen die deutschen Teilnehmer recht gut abschnitten. So siegte Wilma Dittmar im Laufen über 60 und 100 Meter in 8.4 bzw. 13.4 Sekunden, Wagner (Deutschland) gewann das 3000-Meter-Laufen in 9:00.5. Ueber 1500 Meter siegte Berg (Finnland) in 4:05.1 vor Rasmussen (Norwegen) 4:11.2. Den Weitsprung aus dem Stand gewann Ruorenmaa mit 3.29 Meter, den 800-Meter-Lauf Rasmussen in 2:01.5 und das 15.000-Meter-Laufen Wänttinen in 50:23.6.

**Belgische Leichtathleten** trafen sich in Lokeren bei sehr ungünstiger Witterung zur ersten größeren Veranstaltung. — Das Korfballspiel gewinnt auch in Belgien immer mehr Anhänger aus den Kreisen der Leichtathleten. Die Spiele um die Provinzmeistertitel haben begonnen. — Das leichtathletische Programm in der Provinz Brabant umfaßt u. a. ein Treffen mit Pariser Leichtathleten am 15. August.

**Leichtathletische Ausscheidungskämpfe** für das Sporifest im Juli wurden in Wien ausgetragen. 213 Sportler waren angetreten. Die Ergebnisse waren in Anbetracht des andauernden Windes nicht besonders gut und können daher nicht als Maßstab für die Leistungsfähigkeit der österreichischen Leichtathleten betrachtet werden. Die Bestzeit für 100 Meter war 11.5, für 200 Meter 24.6, für 400 Meter 57.1 Sekunden. Beim Hochsprung wurde 1.56 Meter erreicht, beim Kugelstoßen 10.17 Meter, beim Weitsprung 5.92 Meter, beim Diskuswerfen 29.57 Meter, beim Stabhochsprung 2.90 Meter und beim Speerwerfen 38.88 Meter.

**Schwimmen als Schulgegenstand.** Die Gemeinde Wien beabsichtigt in nächster Zeit, den Schwimmunterricht als Schulgegenstand einzuführen. Damit wird eine für die Befundung der ganzen Bevölkerung wichtige Maßnahme durchgeführt, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die angebliche Sportfeindlichkeit der Gemeinde Wien wird auch durch die Tatsache zum Ausdruck gebracht, daß im Vorjahr eine Million Badefarten an Schulkinder abgegeben worden sind.

**30 Jahre DFC, Prag.** Sonntag fand im Rahmen der anderen diversen Jubiläumsveranstaltungen des DFC eine Festigung im Herder-Saal in Prag statt. Der Präsident des jubelnden Klubs, Hirschfeld, konnte außer der zahlreich erschienenen Mitgliedschaft auch Vertreter von Sportvereinen des In- und Auslandes begrüßen und sprach allen ausübenden Mitgliedern sowie auch der Presse den Dank für ihre Mitarbeit und Unterstützung aus. Die Festrede hielt Dr. Hufnagel, welche ein anschauliches Bild der Entwicklung des DFC von seiner Gründung bis zum heutigen Tag gab und die schwierige Lage als Minoritätsverein vor Augen hielt. Nach Verlesung der Begrüßungsschreiben und der Ansprachen der Vertreter der befreundeten Vereine sprach noch Herr Wersel namens der ältesten Mitglieder, erinnerte an die früher so vorbildliche und stramme Disziplin der Spieler und ermahnte schließlich die Mitgliedschaft, nicht bloß zu feierlichen, sondern auch mitzuarbeiten. Nach einem Appell an die Mitglieder zu weiterem treuen Aushalten wurde die Feier vom Vorsitzenden beendet.

**WAC, Wien** ist Donnerstag (Feiertag) der Gegner des DFC. Das Spiel beginnt um 5 Uhr nachmittags und findet auf dem DFC-Platz statt. Wie verkündet, soll auch Karl Kötzsch mit den Wienern antreten.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch  
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.  
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holt.

## Bad Bohdaneč

heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias und Frauenleiden. — Berühmte Moorfelder. — Radioaktive Quelle. — Tausende Dankschreiben. — Modernst eingerichtet. — Riesiger Park und Wälder. — Allen Bevölkerungsschichten zugänglich.

SAISON-BEGINN AB 3. MAI. Prospekte gratis.